

Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker, vereinigt Euch!

ROTER MORGEN

Zentralorgan der KPD/Marxisten-Leninisten

Nr. 34 vom 24. August 1979

13. Jahrgang

1 DM

Kammerich-Brackwede: Streik gegen Stilllegungspläne

Stoppt die Arbeitsplatz-Killer!

Seit Freitag letzter Woche um neun Uhr früh steht die Belegschaft von Kammerich in Bielefeld-Brackwede im Streik. Kammerich gehört zum Mannesmann-Konzern. Spontan und gegen den Willen der IGM-Ortsverwaltung haben rund 450 Kollegen die Arbeit niedergelegt. Der Streik ist die Reaktion auf den Plan der Mannesmann-Bosse, das Kammerich-Werk in Brackwede stillzulegen und die Produktion nach Dinslaken bei Duisburg zu verlagern.

Bei Kammerich werden Achsbrücken hergestellt und zwar hauptsächlich für LKWs von Daimler-Benz. Gerüchte über die Verlagerung verdichteten sich, nachdem vor einigen Wochen plötzlich die Bauarbeiten an einer großen Anlage in der Fließpresse gestoppt worden waren, obwohl man bereits 4,5 Millionen Mark verbaut hatte.

Als die Bosse im gleichen Atemzug beim Betriebsrat die Zustimmung zur Einführung der Dreischicht-Arbeit und zur drastischen Erhöhung der Produktion verlangten, fragten die Kollegen: wie reimt sich das zusammen? Offensichtlich sollen Vorbereitungen getroffen werden, um die Verlagerung gegen eventuelle Widerstandsaktionen der Belegschaft durchzuführen.

Am Freitag letzter Woche hatte der Betriebsrat den Antrag noch abgelehnt. Am Montag auf einer weiteren Sitzung, als ein Betriebsratsmitglied verhindert war, das über eine Klassenkämpferische eigene Liste gewählt worden war, fiel der

Betriebsrat um. Er stimmte nun mehrheitlich der Dreischicht-Arbeit zu. Die Belegschaft fühlte sich durch diesen Beschluß verraten.

Ab Mittwoch traten die Kollegen in einen Überstunden-Boykott. Ihre Forderungen: Keine Dreischicht-Arbeit und sofortige Offenlegung der Pläne des Werksvorstands. Als die Forderungen nicht erfüllt wurden, traten die Kollegen am Freitagmorgen in den Streik. Am Freitagabend erschien IGM-Bevollmächtigter Vogelgang im Werk und versuchte, die 2. Schicht zur Wiederaufnahme der Arbeit zu bewegen. Vergeblich! Am Montag fand eine außerordentliche Belegschaftsversammlung statt. Nachdem der Werksvorstand erklärte, über die Zukunft des Werks könne er erst in vier Monaten Auskunft geben, beschlossen die Kollegen, den Streik fortzusetzen.

Der Hintergrund der Verlagerungspläne ist äußerst trübe. In Dinslaken besitzt Mannesmann ein stillgelegtes DEMAG-Werk. Würde die

Produktion aus Bielefeld dorthin verlagert, erhielte Mannesmann Millionenzuwendungen aus dem sogenannten Ruhrgebietsprogramm, das von Bonn und der Landesregierung in Nordrhein-Westfalen finanziert wird und angeblich der Bekämpfung der Arbeitslosigkeit dient. Mannesmann würde so auf Kosten des Steuerzahlers seine Achsbrückenproduktion modernisieren, durchrationalisieren und dabei Arbeitsplätze vernichten.

Das ist die Art des vom Steuerzahler finanzierten Kampfes gegen die Arbeitslosigkeit, die hierzulande gang und gäbe ist. Dutzende von ähnlichen Beispielen ließen sich anführen.

Es mutet wie nackter Hohn an, daß IGM-Bosse Vogelgang gegenüber der Presse nach einigen Worten der Kritik an dem Vorgehen der Mannesmann-Konzernherren sagte: „...dennoch können wir dem Vorstand nicht das Denken verbieten, ob er nicht irgendwo billiger produzieren kann“.

Dayan betont Unterstützung durch USA

Israelische Überfälle auf Südlibanon

Einmal mehr meldete die Presse in der letzten Woche verschiedene „Blitzangriffe“ der israelischen Armee auf Ortschaften im Südlibanon. Dabei wurden in der Nähe der Stadt Tyros acht Araber ermordet. Israelische Kommandotrupps führten an einer Verkehrsstraße einen Überfall im Stil von Wegelagerern durch.

Glaubt man den offiziellen israelischen Nachrichten, richten sich diese blutigen Überfälle nur gegen militärische Truppen der Palästinenser. Tatsache aber ist, daß ihre Bomben und ihre Schiffsartillerie, mit denen sie ihre Überfälle stets begleiten, bereits Tausende von Opfern unter der Zivilbevölkerung des Libanon gefordert haben. Mehr als 300.000 Menschen sind im Süden des Libanon bereits vor dem israelischen Terror geflohen; Flücht-



Polizeidienst machen ab dem 3. September Trupps des berühmten Grenzschutzkommandos GSG 9 in Düsseldorf und Köln. Dies wurde in der letzten Woche von einem Sprecher des nordrhein-westfälischen Innenministeriums bestätigt. Die GSG-9-Trupps — jeweils fünf Mann stark — kommen zusammen mit Sondereinsatzkommandos der Polizei zum Einsatz — zum Beispiel zur Abwehr von „Angriffen auf Kernkraftwerke“. Ihre Verwendung für den Polizeidienst ist ein weiterer Schritt zur Militarisierung und Zentralisierung des westdeutschen Polizeiapparats. Es ist ein Bestandteil der Maßnahmen der westdeutschen Kapitalisten zur Unterdrückung künftiger Kämpfe der Werktätigen. — Die GSG-9 ist auch unter der Bezeichnung „Helden von Mogadischu“ bekannt geworden. Im Stil von Kolonialabenteurern hatte die Truppe im Herbst 1977 in der somalischen Hauptstadt ohne Rücksicht auf das Leben der Passagiere einen Lufthansa-Jet gestürmt und das Feuer eröffnet.

Preistreiberei der Energiekonzerne geht weiter

Jetzt wird auch Erdgas teurer!

In den letzten Tagen kündigten verschiedene städtische Verteilungsbetriebe an, sie wollten die Preise für Erdgas um 25 Prozent erhöhen.

Der Grund: „Das ist vertraglich so geregelt.“ Weiter nichts. Nicht die OPEC, auch nicht die Arbeiter, die höheren Lohn wollen, werden hier als Alibi benutzt, sondern ein Stück Papier.

Was für ein Vertrag ist das? Ein Vertrag, den die Ölmonopole mit sich selbst geschlossen haben. In verschiedenen Ländern, darunter auch in der Bundesrepublik, haben sie durchgesetzt, daß mit der Steigerung der Erdölpreise, zeitlich versetzt, auch die Preise für Erdgas angehoben werden müssen. Müssen tut das vor

allem der größte westdeutsche Gaslieferant, die Ruhrgas AG, deren Kapital zu 54 Prozent in den Händen der angloamerikanischen Ölmonopole ist.

Für diesen Vertrag gibt es keine, auch nicht die aller-kleinste Rechtfertigung. Er ist ein bloßer Willkürakt der Monopole. Dieser Vertrag hat nur den einen Zweck, zusätzlich Profite in die Kassen der Monopolherren zu holen, einen Profit, der sie nur eine Unterschrift gekostet hat.

Die Regierung duldet dieses Vorgehen, weil sie dadurch höhere Steuern bekommt, die sie an die westdeutschen Energiemonopole austeilt. So sind alle Kapitalisten zufrieden, die Werktätigen müssen zahlen. Dieser Vertrag muß weg!

IGM Bochum fordert Nachschlag!

Die Vertreterversammlung der IG Metall Bochum hat auf ihrer letzten Versammlung ebenfalls Nachschlag gefordert. Von den Leitungen der Vertrauensleutkörper von Opel und den Stahlwerken kam die Forderung nach einem Nachschlag. Im Gespräch waren 100 Mark pro Monat. Zuvor wurde ein schwammiger Antrag der Ortsverwaltung mit großer Mehrheit abgelehnt. (siehe Seite 5)

Bundesanstalt: 68 500 Jugendliche ohne Arbeit

Glaubt man den Massenmedien, so ist die Arbeitslosigkeit der Jugendlichen der Schnee vom letzten Jahr. Die Wirklichkeit sieht ganz anders aus: Selbst die Bundesanstalt für Arbeit meldete Ende Juli einen Anstieg von 12 100 neuen jugendlichen Arbeitslosen auf nunmehr 68 500. Besonders schlecht sieht es für die Jugendlichen an der Ruhr aus: Dort gibt es jetzt wieder Arbeitslosenquoten von 8-9 Prozent.

Roter Antikriegstag 1979



US-Truppen üben im Wüstengelände. Die Zahl solcher Übungen hat sich im letzten Jahr verdoppelt. Ex-Minister Schlesinger betonte letzte Woche nochmals die Notwendigkeit der Einsatztruppe für den Mittleren Osten. Die Kriegspropaganda wird verstärkt. Mit zahlreichen Aktivitäten tritt unsere Partei am Antikriegstag dieser Propaganda entgegen. (Siehe auch Artikel auf Seite 7).



Palästinenser auf ihren von israelischen Truppen zerstörten Häusern.

Kommentar

Amerikanische Marineinfanterieeinheiten landen an den Küsten der Ölscheichtümer des Persischen Golfs. Amerikanische Panzer nehmen die Ölfelder Saudi-Arabiens und des Iran ein. Amerikanische Fallschirmspringer besetzen die libyschen Ölquellen. Bereits 1975 diskutierten die USA-Imperialisten in aller Öffentlichkeit die Möglichkeit einer militärischen Intervention in den Ölstaaten des Mittleren Ostens. Bereits 1975 verfügte das Pentagon über „Contingency Plans“ (Alarmpläne), und CIA-Chef Colby war auf Inspektionsreise in den Ölstaaten.

Pulverfaß Persischer Golf

Mittlerweile haben die iranischen Volksmassen das faschistische Schah-Regime gestürzt und den Schah, eine der wichtigsten USA-Marionetten in Sachen Ölgeschäft, außer Landes gejagt. Kaum lag der Pfauenthron in Trümmern, erklärten amerikanische Kabinettsmitglieder, die USA seien zum Krieg um das Öl bereit. Außenminister Vance bestätigte das einen Monat später ausdrücklich; und Kriegsminister Brown ließ im April verlauten: „Die USA sind mit allen Mitteln bereit, ihre Interessen wahrzunehmen, einschließlich der militärischen. Senator Gary Hart (Colorado), Mitglied des Streitkräfteausschusses kündigte im Fernsehen an, daß die USA gezwungen sein könnten, „militärische Gewalt anzuwenden, um den Ölstrom aufrechtzuerhalten“.

Ständig kreuzen fünf bis acht amerikanische Kriegsschiffe unter Führung eines Flugzeugträgers der 7. US-Flotte vor dem Persischen Golf, wo 56 Prozent der heute offiziell bekannten Erdölvorräte unter der Erde lagern. Das Geschäft mit dem Öl hat zu den größten Profiten in der Geschichte des Kapitalismus geführt. Im zweiten Quartal 1979 haben die Ölmultis wieder Gewinnzuwachsraten von durchschnittlich 66 Prozent zu verzeichnen. Die mächtigste Finanzgruppe der Welt, die Rockefeller/Morgan-Milliardärsippe ist mit ihrem Flaggschiff Exxon voll im Mittleren Osten engagiert. Gegenwärtig ist Öl der profitträchtigste Rohstoff überhaupt und die internationale Bourgeoisie, besonders die amerikanische, die die finanzstärkste ist und über die beste Militärausrüstung verfügt, wird vor keinem Verbrechen zurückschrecken, um

ein Versiegen dieser Profitquelle zu verhindern.

Nicht umsonst haben die amerikanischen Multis den revolutionären Sturz des Schah-Regimes, der die persischen Ölquellen ihrem unmittelbaren Zugriff entzog, mit einer weltweiten Verknappungshysterie und weithin vernehmlichen Säbelrasseln beantwortet.

Die französischen Imperialisten verstärkten in aller Stille ihre militärische Präsenz. Insgesamt 18 französische Kriegsschiffe befinden sich gegenwärtig am Persischen Golf. Nachfolgen soll der Flugzeugträger „Clemen-

teau“, der mit atomwaffenbestückten Flugzeugen ausgerüstet ist. Ein hoher französischer Marineoffizier: „Frankreich fühlt sich als kleiner Wachhund, der aber nicht nur bellen, sondern notfalls kraftvoll zubeißen kann.“

Die jüngsten provokativen Forderungen des CDU-Mannes Todenhöfer nach einer Eingreiftruppe unter westdeutscher Beteiligung, zeigen, daß der gesamte imperialistische Westen im Begriff ist, mobil zu machen, um ihre Profitquellen notfalls mit militärischer Gewalt zu verteidigen.

Dem westlichen Block gegenüber steht der russische Sozialimperialismus. Moskau hat 25 Kriegsschiffe zum Persischen Golf abkommandiert.

Ähnlich wie die Multis im Westen haben die russischen Sozialimperialisten beim Ölhandel mit ihren Vasallenstaaten gigantische Extraprofite eingesackt. Deshalb wird die Sowjetunion eine einseitige Regelung der Ölfrage zugunsten der westlichen Kapitalisten niemals widerstandslos hinnehmen.

In der letzten Zeit wird in aller Offenheit nach einem Vorwand für militärische Aktionen gesucht. Da wird von möglichen Sabotageakten oder Tankerentführungen im persischen Golf gesprochen, die den Ölstrom unterbrechen würden und so gewissermaßen militärische Aktionen zur Rettung der Wirtschaft erforderlich machten.

Besonders in der Ölfrage haben sich die Widersprüche zwischen den Imperialisten zugespitzt. Trotz aller Entspannungpropaganda, trotz der diversen Abrüstungskonferenzen kann die Lage am Golf sehr schnell zu einem internationalen Waffengang, zum Krieg um das Öl führen.

Forschungsminister Hauff präsentiert „Risikostudie“

SPD startet Offensive für Atomenergie

Horst Ehmke, Vorsitzender der Energiekommission beim Parteivorstand der SPD, hat sich für den weiteren Ausbau der Atomkraftwerke in Westdeutschland ausgesprochen. Seiner Kommission fällt die Aufgabe zu, eine entsprechende Entschließungsvorlage für den nächsten SPD-Parteitag im Dezember vorzubereiten, um die ganze Partei auf Schmidt-Kurs zu bringen.

In der „Spiegel“-Ausgabe vom 13. August 1979 führt er Argumente für die Nutzung der Atomenergie ins Feld, die stark an die plumpen Drohungen erinnern, ohne Atomenergie ginge beizeiten das Licht aus oder es beginne immerhin zu flackern, wie Graf Lambsdorff sich ausdrückte. „Angesichts der verschiedenen Risiken in der Versorgung wie im Betrieb“, so Ehmke, „spricht vieles dafür, eine Risikomischung vorzunehmen, so-

lange man nicht sicher sein kann, ob man mit einem Verzicht auf einen Energieträger nicht ein noch größeres Risiko eingehen würde.“ Das ist die erpresserische Logik der Atomindustrie, die die Bevölkerung vor die konstruierte Alternative stellt, entweder die mit gewissem Risiko behaftete Atomenergie oder starke Engpässe in der Energieversorgung.

Parteifreund Steger, Mitglied der SPD-Bundestagsfraktion, stellte der Öffent-

lichkeit am Dienstag, den 14. August, ein sogenanntes „Szenario“ vor, das davon ausgeht, in den nächsten 20 Jahren die Kapazität der Atomkraftwerke durch Neubauten auf 45000 Megawatt zu erweitern; das entspricht etwa 33 Atomkraftwerken vom Typ Biblis. Bei dieser Kapazität würden jährlich etwa 1000 Tonnen radioaktiver Müll anfallen. Damit würde unser Land in eine gigantische Atommülldeponie umgewandelt, wenn diesen Plänen kein Einhalt geboten wird.

Am 14. August stellte Bundesforschungsminister Hauff eine vor drei Jahren in Auftrag gegebene „Risikostudie“ vor, die von der Gesellschaft für Reaktorsicherheit (GRS) unter Leitung von Professor Adolf Birkhofer erstellt wurde.

In dieser Studie wird mit Wahrscheinlichkeitsberechnungen gespielt, um die Bevölkerung über die tatsächlichen Gefahren, die von Atomkraftwerken ausgehen, hinwegzutäuschen. So geht man davon aus, daß es einmal in 10000 Betriebsjahren pro Anlage zu einer Kernschmelze, das heißt dem größten anzunehmenden Unfall (GAU) kommen kann. Falls bei einem solchen Zwischenfall sämtliche radioaktiven Spaltprodukte nach außen dringen würden, müßte man mit einem „Frühschaden“ von 14500 Menschen rechnen. An Folgeschäden etwa durch Krebs und Leukämie rechnet die Studie mit maximal 104000 Toten. Allerdings käme das nur einmal in zwei Milliarden Jahren vor.

Diese für sich schon erschreckenden Zahlen beschönigen jedoch die tatsächliche Gefahr. Aus einer Geheimstudie des Innenministeriums aus dem Jahre 1976, die vom „Bundesverband der Bürgerinitiativen Umweltschutz“ (BBU) veröffentlicht wurde, geht hervor, daß beim Schmelzen des Reaktorkerns in Verbindung mit der Zerstörung

der äußeren Schutzvorrichtungen die Strahlung in 100 Kilometer Entfernung noch ein Vielfaches der tödlichen Dosis beträgt. Das hätte eine radioaktive Verseuchung von 36000 Quadratkilometer Land zur Folge. Bei ungünstigen Wetterbedingungen kämen bei der großen Bevölkerungsdichte in unserem Land -zig Millionen Menschen zu Tode.

Und was die „Unwahrscheinlichkeit“ eines schweren Zwischenfalls betrifft, so braucht man nicht erst an Harrisburg zu denken; da gibt es den Fall Brunsbüttel, da gibt es Fälle, wo Flugzeuge in unmittelbarer Nähe von Atomkraftwerken abstürzen oder im Tiefflug darüber hinwegdonnern.

Schaut man sich die Zusammensetzung der GRS an, so ist es ohne weiteres verständlich, warum dieses Gremium zu solch unbedenklichen Ergebnissen kommen mußte. 12 der 19 GRS-Mitglieder sind bei Unternehmen und Institutionen beschäftigt, die dem „Deutschen Atomforum“ angehören, in dem jene 131 Unternehmen organisiert sind, die faktisch die gesamte Atomindustrie Westdeutschlands beherrschen.

Außerdem orientiert sich die „Risiko-Studie“ stark an der sogenannten „Rasmussen-Studie“, die im Auftrag der amerikanischen Atomindustrie zur Beschwichtigung der Bevölkerung angefertigt wurde. Die westdeutsche Studie läßt dabei völlig außer Acht, daß in Westdeutschland die Bevölkerungsdichte etwa zehnmal so hoch ist wie in den USA, in unmittelbarer Umgebung von Atomkraftwerken etwa noch dreimal so hoch.

Just zur rechten Zeit präsentierten die Behörden eine provokatorische Broschüre aus dem sogenannten „Untergrund“, in der Anleitungen zu Sprengstoffanschlägen und anderen Sabotageakten gegeben werden. Damit sollen alle Gegner des Atomprogramms in die Ecke von Kriminellen und Terroristen gedrängt werden.

Die Kapitalisten und ihre Regierung sind nach wie vor entschlossen, das Bonner Atomprogramm gegen den Widerstand der Bevölkerung durchzusetzen. Dazu dient ihnen die neueste Propagandaoffensive des Forschungsministeriums und der SPD.



Horst Ehmke, Vorsitzender der Energiekommission beim Parteivorstand der SPD, will die Partei geschlossen auf Schmidt-Kurs in Sachen Atomenergie bringen.

Steuerpläne in Bonn

Bauern sollen verstärkt zur Kasse gebeten werden

„Schleichende Enteignung“

Im Schatten der Steuersenkungsdebatten hat das Bundeskabinett in Bonn am Mittwoch, den 15. August, einen Gesetzesentwurf zur verschärften steuerlichen Ausplünderung der kleinen und mittleren Bauern beschlossen.

Bisher wurden kleinere landwirtschaftliche Betriebe (bis 20 Hektar) nach Durchschnittssätzen besteuert. Betriebe, deren geschätztes Jahreseinkommen nicht höher als 15000 Mark war, waren von der Buchführungspflicht befreit. Im letzten Oktober legte das Bundesfinanzministerium ein Gutachten vor, daß den ca. 850000 Haupt- und Nebenerwerbsbetrieben vorrechnete, sie würden 2 Milliarden Mark zu wenig Steuern abführen. Von „legaler Steuerhinterziehung“ war die Rede. Diese Vorwürfe gegen die Bauern kamen gerade in dem Moment, als der Familie Flick anläßlich des Verkaufs ihrer Daimler-Aktien per Sondergenehmigung 1,5 Milliarden Mark Steuern geschenkt wurden.

Die gegenwärtig noch bestehende Entbindung von der Buchführungspflicht trifft laut Bonner Agrarbericht auf sämtliche Nebenerwerbs- (zwischen 1900 und 6400 Mark im Jahr) und Zuerwerbsbauern (im Durchschnitt 11671 Mark im Jahr) zu. Nebenerwerbsbauern erzielen weniger als die Hälfte ihres Gesamteinkommens aus landwirtschaftlicher Tätigkeit; Zuerwerbsbauern erzielen mehr als die Hälfte ihres Gesamteinkommens aus landwirtschaftlicher Tätigkeit.

Nach den Vorstellungen des Kabinetts soll nun die Steuer-schraube drastisch angezogen werden. Vor allem durch die Erweiterung der Buchführungspflicht sollen die kleinen und mittleren Bauern um zusätzliche 2 Milliarden Mark erleichtert werden. Die Buchführungspflicht bewirkt noch in anderer Hinsicht eine Verschlechterung. Denn welcher Bauer, der

womöglich noch in der Fabrik dazuerdienen muß, um seine Familie noch einigermaßen über Wasser zu halten, hat schon Zeit, sich nach einem 12-bis 14-Stunden-Tag noch an den Schreibtisch zu setzen, um eine nach vorgeschriebenen Normen angefertigte Gewinn-Verlust-Bilanz zu schreiben, und eine Sekretärin kann er sich nicht leisten.

Das können nur die Großgrundbesitzer und Agrarkapitalisten, die die eigentlichen Nutznießer der beabsichtigten Steuerreform sind. Sie bewirtschaften schon heute über 50 Prozent der landwirtschaftlich nutzbaren Fläche und zahlen gerade eine halbe Milliarde Mark Steuern. Sie sitzen schon bereit, um sich die vor dem Ruin stehenden Höfe unter den Nagel zu reißen. Auch hier leistet Bonn mit seinen Steuerplänen Schützenhilfe. Wer die Absicht hat, seinen unrentabel gewordenen Betrieb zu verkaufen, dem winkt — nach dem neuen Gesetzesentwurf — bis 1985 ein Steuerfreibetrag von 60000 Mark.

Insgesamt ging im Zeitraum 1977/78 die Gesamtzahl der landwirtschaftlichen Betriebe um 1,8 Prozent zurück, die Zahl der Betriebe mit 50 Hektar und mehr nahm dagegen um mehr als 3 Prozent zu. Die Bonner Steuerpolitik gegenüber den kleinen Bauern wird diesen Trend des Bauernlegens noch verstärken. Schon heute befindet sich über 25 Prozent des bäuerlichen Vermögens durch die Zinsnechtschaft in den Händen der Banken. Wird hier die Steuer-schraube angesetzt, dann kommt das einer schleichenden Enteignung gleich.

„Nachrüstung“ in der NATO

600 Atomraketen auf deutschem Boden?

Unter dem Stichwort „Nachrüstung“ haben die USA-Imperialisten im Rahmen des aggressiven NATO-Bündnisses die Initiative zum weiteren Ausbau des Atomwaffenpotentials in Westeuropa ergriffen.

Kürzlich hatte der Stellvertreter des amerikanischen Sicherheitsberaters Brzezinski, David Aaron, die westeuropäischen NATO-Länder darüber informiert, daß die USA-Imperialisten weitere 200 bis 600 Mittelstreckenraketen mit Atom-sprengköpfen in Westeuropa stationieren wollen. Der westdeutsche Außenminister Hans-Dietrich Genscher, der vor 14 Tagen von einer Amerikareise zurückkehrte, hatte mit Präsident Carter, Außenminister Vance, Verteidigungsminister Brown und Sicherheitsberater Brzezinski ausführlich über diesen Punkt debattiert.

Vor allem das Gebiet der Bundesrepublik käme für die Stationierung der amerikanischen Mittelstreckenraketen in Frage, so daß das „Nachrüstungs“-Projekt die Sicherheit der europäischen und insbesondere der Bevölkerung

unseres Landes in höchstem Maße bedroht.

Doch die Bonner Regierung denkt nicht im Traum daran, das amerikanische Ansinnen zurückzuweisen, paßt es doch hervorragend in das Konzept der westdeutschen Imperialisten, die alten Weltmachts-träume zu erfüllen.

Noch liegt kein offizielles Ja aus Bonn vor, vielmehr macht die Schmidt/Genscher-Regierung ihre Zustimmung davon abhängig, ob auch Holland und Belgien bereit sind, auf ihrem Territorium Mittelstreckenraketen zu stationieren. Die endgültige Entscheidung soll im Herbst auf der nächsten NATO-Tagung fallen. Und man kann davon ausgehen, daß Washington und Bonn alles unternehmen werden, um eine Stationierung der Mittelstreckenraketen auch in Belgien und Holland durchzusetzen.

Aus dem Inhalt

Gutehoffnungshütte: Massenentlassungen?	4	Roter Antikriegstag	7
Nachschlagsforderung: Die herrschen Argumente des Herrn Janßen	5	Bundesknappschaft feuert engagierte Mitarbeiter	8
Lohnrunde 79/80: DGB-Führung — Kurs auf Niedrig-Forderung	5	Israel bleibt Bollwerk der USA	10
		23. August 1939. Deutsch-sowjetischer Nichtangriffspakt	11

Herausgeber: ZK der KPD/ML

Verlag Roter Morgen GmbH, 46 Dortmund 30, Postfach 30 05 26, Bestellungen an Vertrieb, 46 Dortmund 30, Postfach 30 05 26, Post-scheckkonto Nr. 79 600 — 461, Bankkonto: Stadtparkasse Dortmund Nr. 321 000 290 (Verlag Roter Morgen), Telefon: 0231 / 43 36 91 und 43 36 92. Verantwortlicher Redakteur: Detlef Schneider, Dortmund. Druck: Alpha-Druck GmbH, 46 Dortmund. Erscheinungsweise wöchentlich freitags. Einzelpreis 1 DM. Abonnement: 60 DM für 1 Jahr, 30 DM für 1/2 Jahr. Die jeweilige Abonnementsgebühr wird mit Erhalt der ersten Lieferung per Nachnahme eingezogen. Das Abonnement verlängert sich jeweils um die entsprechende Laufzeit, wenn es nicht einen Monat vor Ablauf gekündigt wird. Kündigungen, die nach dieser Frist eingehen, werden nicht berücksichtigt. Ausgenommen sind Geschenkabonnements.

Die Benzin- und Heizölpreise haben schwindelerregende Höhen erreicht. In diesen Wochen und Monaten flatterten vielen Kolleginnen und Kollegen die Heizkostenabrechnung ins Haus. Nachforderungen zwischen 500 und 1000 Mark für eine Dreizimmerwohnung sind keineswegs die Ausnahme, sondern die Regel. Zudem haben die ungeheuren Ölpreisteigerungen zu einem beschleunigten allgemeinen Preisauftrieb geführt. Die multinationalen Ölkonzerne machen Milliardengewinne und jede Preiserhöhung läßt ihre Profite weiter nach oben schnellen. Die Bonner Regierung kassiert Milliarden aus der Mineralölsteuer und jede Erhöhung des Ölpreises läßt in Bonn die Kassen klingeln. Für die große Masse der Arbeiterhaushalte und darüber hinaus der gesamten werktätigen Bevölkerung aber sind die durch die Ölpreistreiber hervorgerufenen extremen finanziellen Belastungen kaum noch zu verkraften.

Die Bundesregierung wäscht ihre Hände ebenso in Unschuld wie die Bosse der Ölkonzerne. Schuld ist die Energiekrise. Schuld ist die Ölknappheit. Schuld sind die in der OPEC zusammengeschlossenen erdölproduzierenden Länder. Schuld sind vor allem die Völker des Iran, die durch die Revolution den Schah stürzten und die Öl-Multis aus dem Land warfen. Mit diesen Behauptungen wollen Regierung und Mineralölkonzerne verhindern, daß sich der Sturm der Empörung über die Ölpreistreiber gegen sie richtet.

Die Energiekrise — als Schreckgespenst ist sie in den Industrieländern der Welt allgegenwärtig. Offensichtlich ist die Energieversorgung bei uns wie in allen imperialistischen Ländern zu einem äußerst schwerwiegenden Problem geworden. Doch das Gerede von der Energiekrise stellt die Dinge auf den Kopf; denn Energie ist ausreichend vorhanden. Allein die westdeutschen Kohlevorkommen könnten unseren Energiebedarf für viele Jahrhunderte decken. Das ist unbestritten.

Es gibt ausreichend Energie und trotzdem wird die gesamte kapitalistische Welt von einer „Energiekrise“, die ihren Höhepunkt noch nicht erreicht hat, erschüttert.

Es gibt ausreichend Energie, aber die Arbeiterklasse und die Werktätigen sollen aufgrund des „Energiemangels“ gezwungen werden, den Gürtel enger zu schnallen, weitere Einschränkungen und Entbehrungen hinzunehmen.

Es gibt ausreichend Energie und trotzdem sollen nach bürgerlichen Schätzungen wegen

Den Ölpreistreibern entschlossen entgegentreten, die Energieversorgung auf Kohlebasis sichern!

Erklärung des ZK der KPD/ML zur Energiepolitik

„Energienmangel“ weltweit Millionen Arbeiter ihren Arbeitsplatz verlieren.

Es gibt ausreichend Energie, aber „Energienmangel“ ist der Grund dafür, daß die Menschheit dem unkalkulierbaren Risiko und der tödlichen Gefahr der Kernenergie ausgesetzt wird.

Es gibt ausreichend Energie, aber „Energienmangel“ wird nach Auffassung bürgerlicher Wissenschaftler dazu führen, daß in Zukunft nicht weniger, sondern immer mehr Menschen auf der Welt verhungern werden.

Es gibt ausreichend Energie, aber „Energienmangel“ läßt bürgerliche Politiker 40 Jahre nach Ausbruch des zweiten Weltkrieges, der über 50 Millionen Tote kostete, von der realen Möglichkeit und eventuellen Notwendigkeit eines Krieges um das Öl sprechen.

Nicht die Natur, die ausreichende Energiereserven bereithält, stellt unser Land wie die anderen kapitalistischen Länder vor das Problem des Energienmangels, sondern das zügellose Profitstreben der Monopole.

Die Profitgier der Monopole und die Tatsache, daß der Bonner Staat sich als Handlanger der Monopole erwiesen hat, haben unser Land in die derzeitige weitgehende Abhängigkeit vom Erdöl und damit von den ausländischen multinationalen Erdölkonzernen gebracht. Um den Weg freizumachen für die Riesenprofite der Monopole mit dem Erdöl, wurde und wird der westdeutsche Steinkohlenbergbau als hinderliche Konkurrenz zum großen Teil vernichtet. Damit wurden nicht nur bisher weit über 100.000 Arbeitsplätze vernichtet, sondern auch die einheimische, vom Ausland unabhängige Energiebasis unseres Landes wurde zerstört. Mit Prämien im Milliardenhöhe hat die Bundesregierung den Bergwerksgesellschaften die Schließung der Schachtanlagen vergoldet. Heute ist vollständig klar, daß dieser Schritt ausschließlich von dem Bestreben, die Monopolprofite zu steigern, und in keiner Weise von dem tatsächlichen Energiebedarf unseres Landes bestimmt wurde.

Der Kapitalismus erweist sich offenkundig als unfähig,

die vorhandenen Energiequellen zur Deckung des gesellschaftlichen Bedarfs an Energie zu nutzen. Nicht weil es technisch unmöglich ist, sondern weil es dem Streben der Monopole nach höchsten Profiten widerspricht. Insofern ist die sogenannte Energiekrise Ausdruck und Teil der allgemeinen Krise des Kapitalismus. Sieben gigantische Konzerne kontrollieren weitgehend die Versorgung der westlichen kapitalistischen Staaten der Welt mit Erdöl und darüber hinaus einen Großteil ihrer gesamten Energiewirtschaft. Während weltweit die Arbeiterklasse und die werktätigen Massen von Einschränkungen und Entbehrungen als Folge der angeblichen Ölknappheit betroffen sind, machen diese multinationalen Ölkonzerne unvorstellbare Profite, wie sie in der ganzen Geschichte des Kapitalismus noch nicht von einem Wirtschaftsunternehmen erzielt worden sind. Was könnte klarer den unüberbrückbaren Gegensatz dokumentieren zwischen dem kapitalistischen Privateigentum an den Produktionsmitteln auf der einen und den Lebensinteressen der Arbeiterklasse und der großen Mehrheit der Bevölkerung auf der anderen Seite?



Stilllegung aller bestehenden und Verbot des Baus weiterer Kernkraftwerke!

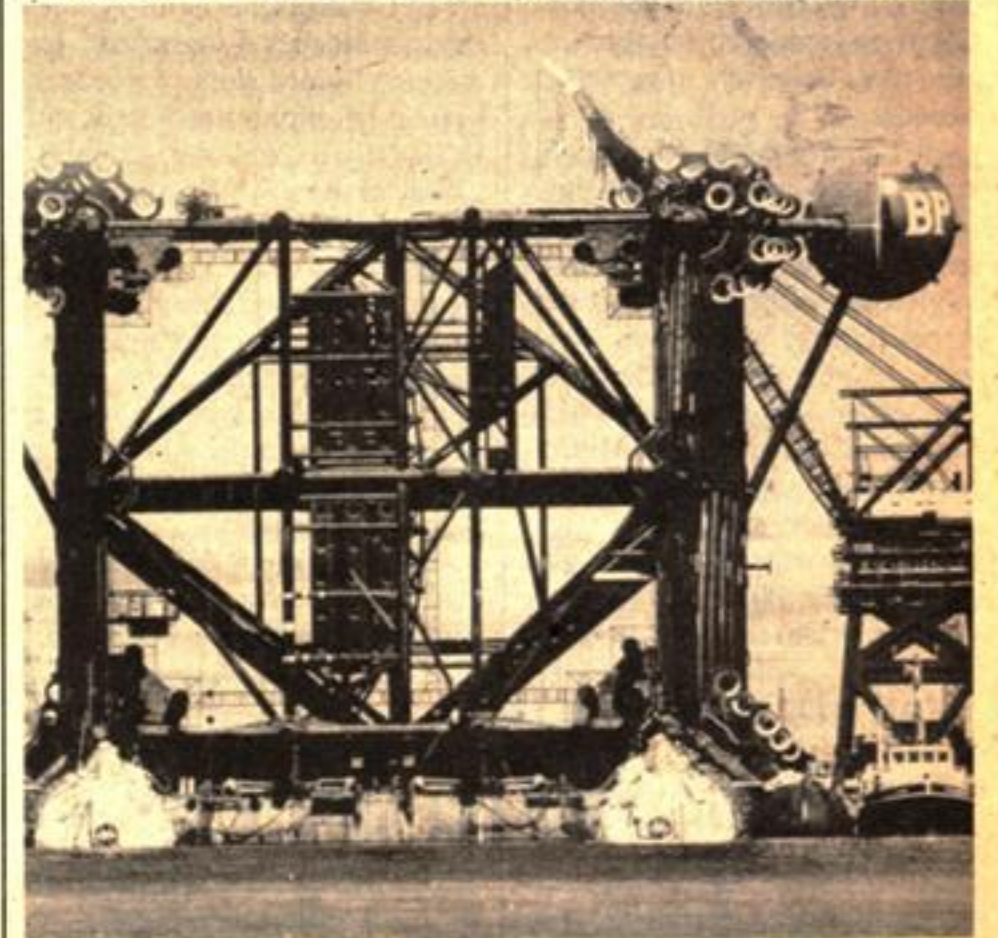
Die Riesenprofite der multinationalen Ölkonzerne, die Milliardenereinnahmen, die imperialistische Staaten wie die Bundesrepublik aus dem Geschäft mit dem Erdöl ziehen und ziehen, entstammen nicht nur der Ausplünderung der Werktätigen in den kapitalistischen Ländern, sondern vor allem der jahrzehntelangen kolonialen und neokolonialen Ausbeutung der erdölproduzierenden Länder. Jahrzehntlang wurde den Völkern dieser Länder das Erdöl praktisch von den imperialistischen Monopolen gestohlen; denn die Preise, die die Ölkonzerne für das Erdöl zahlten, waren so lächerlich niedrig, daß sie allenfalls als Almosen bezeichnet werden konnten.

Die Zeiten aber haben sich geändert. Das koloniale und neokoloniale System des Weltimperialismus ist infolge der antiimperialistischen Kämpfe der Völker in eine tiefe Krise

und zunehmenden Verfall geraten. Grundlage dieser Entwicklung sind die Kämpfe der Volksmassen der vom Imperialismus ausgebeuteten und unterdrückten Länder. Aber die so entstandene Situation der Schwächung des Imperialismus nutzen auch die in ihrer Mehrzahl durch und durch reaktionären Staaten dieser Länder aus, um mit mehr Selbstbewußtsein ihre Eigeninteressen gegenüber den imperialistischen Staaten und Monopolen zu vertreten. Dafür sind die in der OPEC zusammengeschlossenen Staaten der erdölproduzierenden Länder ein Beispiel. Unabhängig vom Klassencharakter dieser Staaten ist die Haltung, den Reichtum dieser Länder den imperialistischen Monopolen nicht mehr zu Schleuderpreisen zu überlassen, gerechtfertigt.

Deshalb tritt die KPD/ML entschieden der chauvinistischen Hetze gegen die erdölproduzierenden Länder entgegen. Die demagogische Hetze der Imperialisten gegen sogenannte Ölscheichs hat nichts mit dem gerechten Kampf der Arbeiterklasse und der Volksmassen dieser Länder gegen ihre einheimischen Ausbeuter und Unterdrücker zu tun. Diese niederträchtige Propaganda-

lige Tatsachen belegen, daß die angebliche Ölverknappung planmäßig von den multinationalen Ölmonopolen mit Billigung und Unterstützung der imperialistischen Regierungen herbeigeführt wurde. Die wirtschaftlichen und politischen Absichten, die damit verfolgt



Schluß mit der Unterstützung der multinationalen Ölkonzerne durch die Bundesregierung! Rigorose Besteuerung der Profite der Öl-Multis!

werden, sind inzwischen deutlich zutage getreten:

- Die durch die künstliche Ölverknappung herbeigeführten Preissteigerungen lassen die Profite der Ölmultis und die Einnahmen der kapitalistischen Staaten gewaltig in die Höhe schnellen.
- Die multinationalen Ölkonzerne entledigen sich eines Großteils der lästigen Konkurrenz der sogenannten „freien Tankstellen“, was einer noch hemmungsloseren Preistreiberi der Monopole Tür und Tor öffnet.
- Die Energieindustrie und die bürgerlichen Regierungen versuchen, durch die künstlich herbeigeführte Ölverknappung eine Panikstimmung zu schaffen in der Hoffnung, die Atomenergieprogramme, die überall auf breiten Volkswiderstand gestoßen sind, leichter durchsetzen zu können.
- Die erdölproduzierenden Länder und die revolutionären Bestrebungen der Völker dieser Länder sollen den Volksmassen der kapitalistischen Länder durch die Panikmache mit der angeblichen Ölknappheit als feindlich und gegen sie gerichtet hingestellt werden. Wie einst Hitlers Losung vom „Volk ohne Raum“ soll das Schreckgespenst vom „Volk ohne Öl“ eine positive Stimmung für eventuelle militärische Aktionen der Imperialisten gegen Erdöländer schaffen.

Vor diesem Hintergrund der sogenannten Energiekrise erklärt die KPD/ML:

1. Das Problem der „Energiekrise“ ist ein Problem des Kapitalismus, seiner fortschreitenden Krise, seiner absoluten Feindlichkeit gegenüber den Interessen der Arbeiterklasse und der Werktätigen, des rückwärtigen Profitstrebens der Monopole. Die „Energiekrise“ kann darum nicht beseitigt werden, ohne den Kapitalismus und die Gesetze des kapitalistischen Profits zu beseitigen. Nur in einer sozialistischen Gesell-

schaft, in der nicht der kapitalistische Profit, sondern die Interessen und Bedürfnisse der Arbeiterklasse und der Werktätigen an oberster Stelle stehen, wird eine ausreichende Energieversorgung im Interesse des Volkes und nicht auf Kosten des Volkes verwirklicht werden können.

2. Um die Interessen der Arbeiter und Werktätigen zu wahren, um die nationalen Interessen unseres Volkes zu verteidigen, ist es heute notwendig, entschlossen gegen die Bonner Energiepolitik zu kämpfen. Bonner Energiepolitik bedeutet:

- unser Land wird vollständig dem Würgegriff der multinationalen Ölkonzerne preis-

gegeben;

- zig Milliarden an Steuergeldern werden für ein Kernenergieprogramm verschwendet, das nicht nur wirtschaftlich unsinnig ist, sondern die Menschen unseres Landes größten Risiken und Gefahren aussetzt und deshalb mit bürgerkriegsmäßigen Polizeieinsätzen gegen den Widerstand breiter Volksschichten durchgesetzt werden muß;
 - Ruinierung des westdeutschen Steinkohlenbergbaus;
 - Abwälzung aller Lasten über Preise und Steuern auf die Werktätigen.
- Bonner Energiepolitik bedeutet: rücksichtslose Durchsetzung der Monopolinteressen. Notwendig ist es, eine grundsätzliche Wende in der Energiepolitik zu erkämpfen:
- Schluß mit der Unterstützung der multinationalen Ölkonzerne durch die Bundesregierung! Rigorose Besteuerung der Profite der Öl-Multis!
 - Stilllegung aller bestehenden und Verbot des Baus weiterer Kernkraftwerke!
 - Sicherung der Energieversorgung auf Kohlebasis unter Ausschluß der Energie-Multis!
 - Wirksame Maßnahmen zur Erschließung anderer umweltfreundlicher und risikofreier Energiequellen!

3. Um den unmittelbaren Auswirkungen der Ölpreissteigerungen für die Werktätigen zu entgegnen, fordern wir:

- Senkung des Steueranteils an den Benzin-, Diesel- und Heizölpreisen!
- Erhöhung der Kilometerpauschale und Zahlung eines Heizkostenausgleichs!
- Schluß mit der automatischen Erhöhung des Gaspreises aufgrund seiner Bindung an den Ölpreis! Entkoppelung von Gas- und Ölpreis!
- Zahlung eines Lohnnachschlags durch die Unternehmer zum Ausgleich für die durch die Ölpreislawine ausgelöste allgemeine Steigerung der Lebenshaltungskosten!



Sicherung der Energieversorgung auf Kohlebasis unter Ausschluß der Energie-Multis! Wirksame Maßnahmen zur Erschließung anderer umweltfreundlicher und risikofreier Energiequellen!

Im Interesse des Profits:

Odermark entläßt alle 1 600 Beschäftigten

Was „Unternehmerrisiko“ ist, wissen die 1 600 Beschäftigten der Odermark-Bekleidungswerke spätestens seit dem 16.8.79. An diesem Tag setzte sie Odermark auf die Straße.

Bereits im November 1978 hatte der Besitzer der Odermark-Werke, Volker Götz, 74,9 Prozent Anteile seines „Verlustgeschäftes“ symbolisch für 1 Mark an den „kreditunwürdigen Scharlatan“ Peter Clayton verkauft. Nachdem auch Clayton ein halbes Jahr lang „absahnte“, so gut es ging, und sein Versprechen nicht einhielt, durch Investitionen das Geschäft zu sanieren, mußte im Juni der Vergleich angemeldet werden.

Mehr als 2 000 Menschen, unter ihnen auch Beschäftigte anderer Betriebe, gingen am 26. Juni auf die Straße und demonstrierten für den Erhalt der Arbeitsplätze. Im Juli bewilligte die niedersächsische Landesregierung eine Landesbürgschaft für einen 7-Millionen-Kredit, den Kapitalgeber und Banken zu geben sich bereitkämen. Auf gut deutsch: Die Bankrotteure und Banken erklären sich zu einer

Finanzspritze bereit, wenn das Risiko dieser Investition durch Steuergelder abgedeckt würde!

Diese Bürgschaft zeigt allein schon, wer das „Unternehmerrisiko“ in Wirklichkeit tragen muß — der Steuerzahler. Für die Odermark-Beschäftigten lag aber darin dennoch die Hoffnung auf Erhalt ihrer Arbeitsplätze. Die reformistischen Gewerkschaftsführer, die ein „staatliches Eingreifen“ in diesem Sinne stets gefordert hatten, triumphierten bereits im DGB-Organ „Welt der Arbeit“: „Eine akute Gefahr für 1 600 Arbeitsplätze besteht nicht mehr.“

Am 16.8. werden alle 1 600 Kollegen entlassen! Dieselben Gewerkschaftsführer erklären nun, ein Sozialplan werde aufgestellt und bis 31. März 1980 sollten die Entlassungen abgeschlossen sein.

Der konkrete Hintergrund dieser Entlassung: Es hat sich kein Kapitalgeber gefunden,

der bereit war, mit dem Unternehmen auch dessen „sozialen Besitzstand“ der Beschäftigten wie Betriebsrenten usw. zu übernehmen.

Jetzt, wo das Unternehmen von allem „sozialen Ballast“ — sprich 1 600 Arbeitern mit ihren erworbenen Ansprüchen — gereinigt ist, bietet sich „tatkräftigen Unternehmern“ eine lohnende Investitionsmöglichkeit: Ein Betrieb, in dem nur ein kleiner Teil der alten Beschäftigten weiterbeschäftigt werden muß, der keine Betriebsrenten zu zahlen braucht, der dafür aber kräftige Subventionen aus Zonenrand-, Arbeitsförderungs- und anderen staatlichen Programmen einstreichen kann, und das alles bei staatlicher Kreditbürgschaft. Wer wollte da nicht zugreifen?

Aber die entlassenen 1 600 Arbeiter und Angestellten haben ihr Wort noch nicht gesprochen!



Lehrer-Demonstration für die Verkürzung der Arbeitszeit in Wiesbaden.

Nach dem Karlsruher Urteil:

Sofortige Übernahme aller Lehrer!

Das Landesverwaltungsgericht Karlsruhe hat in der vergangenen Woche ein Urteil gesprochen, wonach die Beschäftigung von Lehrern im Angestelltenverhältnis für rechtswidrig erklärt wird. Dieses Urteil ist ein Erfolg. Nun müssen die arbeitslosen Lehrer ihren Anspruch auf sofortige Übernahme in das Beamtenverhältnis anmelden. Betroffen sind 20 000 Lehrer im Bundesgebiet, in Baden-Württemberg allein 5 000.

Anlaß für den Arbeitsgerichtsprozeß: Das baden-württembergische Kultusministerium hatte 1977 eine Regelung beschlossen, wonach Junglehrer nach bestandener zweiter Dienstprüfung mit „Dreiviertel-Lehrauftrag“ im Angestelltenverhältnis beschäftigt wurden. Diese Regelung hatte seinerzeit den entschiedenen Protest der Lehrer hervorgerufen, die dadurch zum Freiwild der Kultusbehörden gemacht wurden. Zu Recht hat die Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW) die betroffenen Lehrer aufgefordert, das jetzige Urteil auszunutzen und um sofortige Einstellung als Beamter zu klagen.

Man darf aber nicht verkennen, daß auch dieses Urteil problematisch ist (abgesehen davon, daß in der nächsthöheren Instanz die Gefahr besteht, daß die reaktionären Bildungspolitiker Baden-Württembergs wieder Recht bekommen und das Urteil wieder aufgehoben werden kann). Man muß feststellen: Den Lehrern geht es nicht um das generelle Verbot der Anstellung im Angestelltenverhältnis. Was sie fordern, ist die garantierte Übernahme in das Beamtenver-

hältnis nach der zweiten Dienstprüfung. Ein Urteil, das diese Garantie enthielte, dürfte aber ohne entsprechenden Druck der Lehrer von dieser Justiz nicht zu erwarten sein.

Die von der GEW für den 15. September geplante Großkundgebung gegen die reaktionäre Schulpolitik in Baden-Württemberg wird für die Lehrer ein Anlaß sein, ihren berechtigten Kampf für die sofortige Übernahme aller Lehrer in das Beamtenverhältnis zu verstärken.

Weil sie eine Frau ist:

Am letzten Tag der Probezeit gekündigt

Ulrike Seibert (21) hatte im Himmelwerk in Tübingen ihre Lehre als Mechanikerin gemacht. Sie war dort Jugendvertreterin und Betriebsratsmitglied gewesen. Als sie bei der Röhrenfabrik Gebr. Möck eine qualifiziertere Arbeit bekommen konnte, kündigte sie und fing bei Möck an. Obwohl sie dort „zu unserer vollsten Zufriedenheit“ arbeitete, wurde ihr am letzten Tag ihrer Probezeit gekündigt. Begründung des Betriebsleiters Gräter: Er habe Bedenken, daß er sie nicht überall einsetzen könne, weil sie eine Frau ist!

Gegenüber Ulrike Seibert äußerte dieser saubere Betriebsherr, daß er Frauen für einen „Risikofaktor“ halte, weil sie

schwanger werden könnten und nicht so robust seien! Obwohl Ulrike sich auch bereit erklärte, in der Verzinkerei mit deren ganzen gesundheitsschädlichen Auswirkungen zu arbeiten, blieb Gräter dabei: Entlassen! Da änderte auch die Fürsprache von Ulrikes Meister nichts, genauso wenig der Widerspruch des Betriebsrats. Rundheraus erklärte Gräter: Es sei die Frage, ob er überhaupt noch Frauen beschäftige, wenn jetzt der Mutterschaftsurlaub ausgedehnt werde.

Zynisch mißachtet die Kapitalistenklasse das im Grundgesetz und im Betriebsverfassungsgesetz formulierte Gleichbehandlungsprinzip. Dieses Prinzip steht in diesem Staat

nur auf dem Papier, denn sein wahres Grundgesetz ist die Ausbeutung des Menschen durch den Menschen, ist das Profitstreben der Kapitalisten.

Aber die Werktätigen stellen mit Recht die Frage: Wo leben wir denn, daß im Jahre 1979, das Recht der Frauen auf Gleichberechtigung derart mit Füßen getreten werden kann? Betriebsräte und Vertrauensleute der IG Metall wollen gegen diese Willkür in allen Tübinger Betrieben Unterschriften sammeln. Die Gewerkschaftskolleginnen Ulrikes wollen den Fall in die Öffentlichkeit tragen. Denn mit einem Vertrauen auf die Arbeitsgerichte ist erfahrungsgemäß nichts getan.

Tarifnachrichten

Neuer Rahmen-tarifvertrag für Hafenarbeiter wird diskutiert

Die Bundestarifkommission Seehäfen der ÖTV hat die Kündigung des Rahmentarifvertrages für die Hafenarbeiter in den westdeutschen Seehäfen zum 31.12. dieses Jahres einstimmig empfohlen. Gleichzeitig hat der geschäftsführende Hauptvorstand der ÖTV das Tarifsekretariat der Gewerkschaft damit beauftragt, Richtlinien für einen neuen Rahmentarifvertrag zu erarbeiten, die dann — so der Hauptvorstand — in der Organisation diskutiert werden sollen. Diese demokratische Pose ist zweifellos ein Zugeständnis der ÖTV-Führer an die kämpferischen Hafenarbeiter, die schon einmal einen unzureichend ausgehandelten Lohnabschluß in der Urabstimmung abgelehnt haben. Im folgenden ein paar Punkte aus dem Diskussionsvorschlag des Tarifsekretariats:

- Sechs Wochen Urlaub für alle soll angestrebt werden;
- 400 Mark zusätzliches Urlaubsgeld für alle;
- Verkürzung der Nachtschicht auf sechs Stunden.

Nun ist es an den Hafenarbeitern, die Beratung über

den neuen Rahmentarifvertrag zu einer breiten Mitglieder Diskussion zu machen. Wobei die Bonzen gefragt werden müssen, warum sie angesichts der verschärften Rationalisierung in den Häfen nicht auch die Forderung nach der 35-Stunden-Woche bei vollem Lohnausgleich mit in den Diskussionsvorschlag aufgenommen haben.

Die RGO in den Hamburger Hafenbetrieben hat schon im Juni ihren Diskussionsvorschlag für einen neuen Rahmentarifvertrag veröffentlicht. Sie forderte außerdem, daß auch der Eingruppierungsvertrag zum 31.12.79 gekündigt wird.

NGG-Führer wollen Reallohnabbau

Die Gewerkschaft Nahrung, Genuß, Gaststätten (NGG) hat für die 23 000 Beschäftigten der bayrischen Brauereibetriebe Lohn- und Gehaltserhöhungen von 7 Prozent gefordert. Schon in diesem Monat wird die Teuerungsrate voraussichtlich die Fünfprozenthürde nehmen. Man spricht bereits von der Möglichkeit, daß sie bis zum Jahresende auf 8 Prozent klettert. Während sie gegen

einen Nachschlag auftreten, stellen die NGG-Führer gleichzeitig eine völlig unzureichende Forderung auf und machen damit klar, daß sie entschlossen sind, den Kollegen eine Reallohnsenkung zuzumuten.

Speditionsunternehmen lehnen Nachtarbeiterzuschlag ab

Gegenwärtig finden zwischen der ÖTV und dem Bundesverband des Deutschen Güterverkehrs Verhandlungen über einen Bundesmanteltarifvertrag statt, um den rund einhalbjährigen tariflosen Zustand zu beenden. Dabei geht es um etwa 60 000 Kollegen im Güter- und Möbelverkehr. Bisher haben die Verhandlungen zu keinem Ergebnis geführt, da die Unternehmenseite nach wie vor einen Nachtarbeiterzuschlag wegen „zu hoher Kosten“ ablehnt.

Die „Könige der Landstraße“ sind einer brutalen Ausbeutung ausgesetzt, die nicht nur ihr eigenes Leben und ihre eigene Gesundheit, sondern auch das Leben der anderen Verkehrsteilnehmer gefährdet. 15 Stunden am Lenkrad sind keine Seltenheit. Der Tariflohn für LKW-Fahrer liegt

noch unter 8 Mark. Die Fahrten sind in der Regel so scharf kalkuliert, daß die Fahrer zum „Bleifuß auf dem Gaspedal“ gezwungen sind.

Teilerfolg nach Streik in der LVA

Ende Juli hatten die Beschäftigten des Rechenzentrums der Landesversicherungsanstalt (LVA) Rheinprovinz in einer Urabstimmung den Streik beschlossen, um eine Erschwerenisszulage von 10 Mark für Wechselschichtler und zwei Tage mehr Urlaub durchzukämpfen. Nach einem dreitägigen Streik konnten sie einen Teilerfolg erringen. Die 10 Mark kamen durch. In der Urlaubsfrage steckte die Gewerkschaft zurück. Statt zwei Tage mehr Urlaub, gibt es zusätzliche Freizeit von 1,3 Stunden pro Monat, das ist eine Feierschicht pro Halbjahr. Von Anfang an hatten die ÖTV-Führer verhindert, daß um die Verkürzung der Wochenarbeitszeit gekämpft wurde. Sie wäre im Rechenzentrum, wo durch die Einführung immer komplizierterer Computer viele Arbeitsplätze in den nächsten Jahren vernichtet werden, sehr notwendig gewesen.

Gutehoffnungshütte: Werden 1 000 Kollegen entlassen?

Mit Erpressung zu AKW-Aufträgen!

Die „Neue Ruhr Zeitung“ veröffentlichte am 14. August auf der ersten Seite den „Alarmruf“ der Gutehoffnungshütte (GHH) Sterkrade. Für vier Jahre gäbe es noch Arbeit, dann wäre Schluß, betonten einmütig Geschäftsleitung und Betriebsratsvorsitzender.

Die seit langem geführte Propagandakampagne, ohne Atomkraftwerke würden Arbeitsplätze verlorengehen, wird hier zum ersten Mal mit offener Brutalität auf die Belegschaft eines Werkes gezielt.

Die Gutehoffnungshütte AG ist eines derjenigen Monopole, die sehr stark im AKW-Bau engagiert sind, im Kessel- und Druckbehälterbau. Pro AKW fallen für sie Aufträge von über 60 Millionen Mark an. Das heißt nichts anderes, als daß sie mit jedem AKW Millionenprofite machen.

Das ist auch der Grund dafür, daß sich die GHH, wie auch die anderen am Bau von AKWs beteiligten Monopole weigern, ihre auf AKW umgerüsteten oder dafür ausge-

bauten Betriebsteile auf den Bau konventioneller Kessel und Druckgefäße umzustellen, was dazu führen würde, daß keinerlei Entlassungen nötig wären. Aber der konventionelle Kraftwerkbau bringt weniger Profit.

So wollen die Monopolherren zwei Fliegen mit einer Klappe schlagen: Weitere Aufträge zum AKW-Bau erpressen, oder, wenn das nicht gelingt, schon jetzt die Schuld an Entlassungen, die sie dann vornehmen werden, auf die AKW-Gegner schieben.

Im Betriebsrat haben sie offenbar für diese Erpressungsmanöver einen geeigneten Partner gefunden, denn zumindest der Betriebsratsvorsitzende spielt dieses schmutzige Spiel völlig mit.

Die Belegschaft des Werkes der GHH Sterkrade darf sich durch diese offenen Drohungen der Unternehmung nicht einschüchtern lassen. Der Kampf um jeden Arbeitsplatz muß geführt werden, niemand darf entlassen werden.

Seit Jahren ohne Auftrag für Kernkraftwerke GHH schlägt Alarm: 1000 Arbeitsplätze in höchster Gefahr

Von NRZ-Redakteur HEINZ KURTZBACH

OBERHAUSEN. Wenn der atomtechnische Bereich der Gutehoffnungshütte (GHH) Sterkrade AG nicht möglichst bald Anschlußaufträge erhält, geraten bis zu 1000 hochqualifizierte Arbeitsplätze ernsthaft in Gefahr. Dies erklärte der Vorstandsvorsitzende des Unternehmens, Dr. Wolfram Thiele, gestern anlässlich des Besuchs von Bundesforschungsminister Volker Hauff in Oberhausen. Thiele ließ im Gespräch mit dem Minister keinen Zweifel daran, daß sich die Lage für die Sterkrader Nukleartechnik — in Personalstärke wie im Umsatzanteil gut 15 Prozent des Unternehmens — dramatisch zuspitzt.

Nachschlagsforderung taktisch unzweckmäßig?

Die seltsamen Argumente des Herrn Janßen

Zu dem Artikel von Hans Janßen in „Metall“ Nr. 16

Die DGB-Führer lehnen die Forderung nach einem Lohn- und Gehaltsnachschlag erstens aus „wirtschaftspolitischen Erwägungen“ ab. Zweitens behaupten sie aber auch, diese Forderung sei aus Gründen der Taktik „unzweckmäßig“. IGM-Vorstandsmitglied Hans Janßen versucht in einem Artikel in der Zeitschrift „Metall“ diese Behauptung zu untermauern. Er versucht zu beweisen, daß die Arbeiterschaft unterm Strich besser bedient sei, wenn die Kollegen stillhalten und darauf vertrauen, daß die Gewerkschaftsführer nach fristgemäßer Kündigung der Tarifverträge eine angemessene Lohn- bzw. Gehaltserhöhung aushandeln. Im folgenden sei auf Janßens Argumentation im einzelnen eingegangen.

Zunächst verweist Janßen zu Recht auf die Tatsache, daß die Zeiten vorbei sind, da die Kapitalisten auf dem Verhandlungswege, ohne massiven Druck und gewerkschaftliche Kampfmaßnahmen, zu nennenswerten Zugeständnissen gebracht werden konnten. Unter diesen Voraussetzungen — fährt Janßen fort — könnten die Arbeiter und Angestellten den Widerstand der Unternehmer gegen die Erfüllung von Lohnforderungen nicht brechen, ohne daß eine „einheitliche und solidarische Vorgehensweise in der Gesamtorganisation“ (gemeint ist: in der IG Metall — die Red.) gewährleistet sei. Auch in diesem Punkt kann man Janßen zustimmen.

Entschieden widersprechen muß man ihm allerdings, wenn er behauptet, eine solche Geschlossenheit und Solidarität der Metaller sei im Zusammenhang mit der Forderung nach einem Lohn- und Gehaltsnachschlag nicht gegeben. Der Vorstand der IG Metall habe sich eben aus dem Grund sowohl gegen direkte Nachschlagsforderungen (Lohn- und Gehaltserhöhungen vor Ablauf der vereinbarten Laufzeiten der entsprechenden Tarifverträge) als auch gegen den Antrag der Tarifkommissionen auf Baden-Württemberg auf Kündigung der Tarife über betriebliche Sonderzahlungen ausgesprochen, weil diese Voraussetzung nicht vorhanden sei.

Zahlreiche Resolutionen aus den Betrieben, vor allem von den gewerkschaftlichen Vertrauensleuten und zudem einige spontane Arbeitsniederlegungen im Zusammenhang mit Nachschlagsforderungen zeigen klar, daß die spontane Kampfbereitschaft der Metallarbeiter sehr stark ist. Sie ist sogar so stark, daß einige Unternehmer aus Furcht vor „wildem“ Streiks ihren Belegschaften bereits Lohnerhöhungen gewährt haben.

Angesichts dieser unbestreitbaren Tatsachen ist die Behauptung Janßens, die nötige Einigkeit und Geschlossenheit unter den IGM-Mitgliedern sei nicht vorhanden, schlichtweg eine Unverschämtheit. Wenn jemand diese Einheit und Kampfbereitschaft zu sabotieren versucht, so ist es gerade die DGB-Führung, sind es die Vetter, Loderer, Janßen und Konsorten.

Friedenspflicht einhalten?

Janßen spricht allerdings nicht nur von Einheitlichkeit und Solidarität. Es komme auch „auf wirksame Handlungs- und Mobilisierungsmöglichkeiten an“. Warum aber sollten diese nicht gegeben sein? Hier spielt Janßen auf die Friedenspflicht an. Während der vereinbarten festen Laufzeiten besteht die tarifvertragliche Friedenspflicht. Die IG Metall könne während dieses Zeit-

Wir fordern:



**Vertrauensleute
HÜLLER HILLE**

Dieser Aufkleber wurde von den Kollegen der Müller Hille AG in Ludwigshafen gemacht. Sie klebten ihn auf ihre Autos, um die Nachschlagsforderung von 1000 Mark zu bekräftigen.

raums — so Janßen — nicht zu Urabstimmung und Kampfmaßnahmen aufrufen. Dementsprechend habe sie „keine wirkliche Durchsetzungschancen gegenüber den Arbeitgebern“. Folglich belege die IG Metall sich mit der Forderung nach einem Nachschlag in die Rolle eines Bittstellers. Ein „Bittgang“ zu den Metallunternehmen jedoch käme für die IG Metall im Interesse ihrer „politischen Selbstachtung“ nicht in Frage.

„Der Vorstand der IG Metall hat wegen seines Beschlusses, die Tarifverträge über betriebliche Sonderleistungen in Baden-Württemberg nicht zu kündigen, d.h. keine ‚Nachschlagsrunde‘ bereits in 1979 einzuleiten, viel Lob auch von der Arbeitgeberseite einstecken müssen. Nun ist es zunächst überhaupt töricht, den Tarifkontrahenten zu loben, provoziert ein Lob von der falschen Seite doch schon den Verdacht der Kollaboration.“

Aus „Handelsblatt“ (Wirtschafts- und Finanzzeitung) vom 16.8. 1979, Seite 3

Die Phrase „wir lehnen es ab, einen Bittgang zu unternehmen“, kann nicht darüber hinwegtäuschen, daß hinter dieser Argumentation nichts anderes steckt, als die Politik des Stillhaltens und der wirkungslosen Appelle an die „Vernunft“ der Unternehmer.

Wem nützt denn die Einhaltung der „Friedenspflicht“, wenn die Kapitalisten das Recht und die Möglichkeit haben, durch ihren Preisterror die Reallöhne der Arbeiter abzubauen? Diese Frage stellt Janßen nicht. Er ignoriert die Tatsache, daß die Friedenspflicht gegen das Streikrecht gerichtet ist, daß sie das Streikrecht einschränkt, daß sie der Ausplünderungspolitik der Kapitalisten Tür und Tor öffnet. Die DGB-Führung hat die entsprechenden Tarifvertragsgesetze zu keiner Zeit bekämpft. Sie hat diese Beschränkung des Streikrechts akzeptiert. Das ist ein Verrat an der Arbeiterbewegung, eine Konsequenz ihrer arbeitgeberfeindlichen und reaktionären Politik, der Politik der Sozialpartnerschaftskumpanei, die den Klassenkampf für überholt erklärt.

Die Arbeiterklasse kann sich nicht von der Friedenspflicht die Hände binden lassen und zusehen, wie das Monopolkapital sich in aller Ruhe daranmacht, die Reallöhne abzubauen. Die Aufforderung der DGB-Bonzen an die Arbeiter, die Friedenspflicht einzuhalten, ist ein Verrat. Dies um so mehr, als es gerade die DGB-Bonzen waren, die den Arbeitern in der letzten Tarifrunde zum Teil überlange Laufzeiten aufs Auge gedrückt haben: In der Stahlindustrie 15 Monate bei jämmerlichen vier Prozent, in der Metallverarbeitung 13 Monate bei 4,3 Prozent Lohnerhöhung.

Wer ist „vertragsbrüchig“?

Aber davon einmal abgesehen. Die Friedenspflicht einzuhalten ist eine Sache. Wenn die DGB-Führung jedoch eine öffentliche Polemik gegen die Nachschlagsforderung führt, ist dies noch ein anderes Paar

Schuhe. Zu Recht schreibt die Vertrauenskörperleitung der Klöckner-Hütte in Bremen in einem offenen Brief an den IGM-Vorstand:

„Wenn der IGM-Vorstand in dieser Situation in aller Öffentlichkeit gegen Nachschlagsforderungen Stellung nimmt, werden die Unternehmer in ihrer Haltung noch bestärkt. Sie lehnen heute ebenso einig und geschlossen Nachschlagsforderungen ab, wie sie vor 8 Monaten unsere Forderung nach Einführung der 35-Stunden-Woche abgelehnt haben.“

Die IGM-Führung fällt den Metallern in den Rücken, um den Kapitalisten Schützenhilfe beim Abschmettern der berechtigten Forderung nach einem Nachschlag zu geben. Das ist alles, was hinter dem Gerede von der „politischen Selbstachtung der IG Metall“ steckt.

Janßen und die DGB-Führung wenden gegen die Nachschlagsforderung außerdem ein, der DGB müsse vertragstreue bleiben, sonst mache er sich „politisch unglaubwürdig“. Es erübrigt sich wohl, auf dieses Argument näher einzugehen. Hier sei nur dies gesagt: ein Gewerkschaftsapparat, der die Arbeiter daran hindern will, sich gegen Lohnraub durch skrupellose Preistreiberei zu wehren, der also die Ausbeuteten als „vertragsbrüchig“ hinstellt, weil sie ihr gutes Recht fordern, macht sich in der Arbeiterschaft total unglaubwürdig und verspielt jegliches Vertrauen.

Angst vor „kalter Aussperrung“?

Der IGM-Vorstand hat sich nicht nur gegen eine vorfristige Erhöhung der Löhne und Gehälter ausgesprochen. Er hat auch den Antrag der Stuttgarter Tarifkommissionen auf Kündigung der Tarife über betriebliche Sonderzahlungen („13.

Monatsgehalt“) in der metallverarbeitenden Industrie abgelehnt. Da diese Tarife monatlich kündbar sind, entfällt hier das Argument der Friedenspflicht und der Vertragstreue.

Um die Ablehnung auch dieser Forderung zu rechtfertigen, läßt Janßen sich darüber aus, daß eine tarifliche Erhöhung der betrieblichen Sonderzahlungen lediglich für einen Teil der in der Metallverarbeitung beschäftigten Kollegen effektiv mehr Geld bringen würde. Wir gehen auf dieses Argument nicht weiter ein. Es liegt auf der Hand, wie scheinheilig und vorgeschoben es ist. Aber Janßen führt noch ein anderes Argument ins Feld. Er schreibt in der „Metall“:

„Auf der anderen Seite wären die finanziellen Risiken eines Arbeitskampfes für die Organisation und für die Arbeitnehmer gerade in diesem Falle nicht kalkulierbar gewesen. Die gültigen regionalen Tarifverträge sind hier inhaltlich gleich. [...] Bei weitestgehend einheitlichen Forderungen aber hätte Paragraph 116 AFG* den Arbeitgebern Tür und Tor geöffnet, um die IG Metall im Falle eines Streiks mit dem Instrument der „kalten Aussperrung“ bundesweit unter Druck zu setzen.“

Janßen vergißt allerdings zu erwähnen, daß die Möglichkeit der „kalten Aussperrung“, wie er sie hier anspricht, nur unter der Voraussetzung besteht, daß die IGM-Führung einen regional begrenzten Streik ausruft und keinen bundesweiten Vollstreik. Wer oder was zwingt jedoch die IG Metall zu einer derartigen Defensivtaktik?

Eine solche Art von Argumentation beruht im Kern auf einer Gewerkschaftsstrategie, die man mit folgendem Satz charakterisieren könnte: „Nur um Gottes Willen die Unternehmer nicht reizen; sie könnten sonst böse werden.“ So gesehen wäre es allerdings am konsequentesten, auf den ge-

werkschaftlichen Kampf gänzlich zu verzichten und sich stattdessen auf „Bittgänge“ zu den Unternehmern zu verlegen.

In welchem Falle soll denn nach Meinung des Herrn Janßen das „finanzielle Risiko“ eines Arbeitskampfes überhaupt „kalkulierbar“ sein?! Schließlich und endlich sitzen, was die finanzielle Seite betrifft, die Kapitalisten immer am längeren Hebel. Der Streik ist kein finanzielles Kräftemessen zwischen Arbeitern und Unternehmern. Die Kapitalisten fürchten ihn trotz ihrer finanziellen Übermacht. Nicht nur, weil jede Profiteinbuße ihnen an den Nerv geht. Darüber hinaus fürchten sie ihn aus politischen Gründen. Sie wittern in jedem Streik den Keim der Revolte der Ausbeuteten. Im Kampf lernt die Arbeiterklasse die Klassenfronten klarer erkennen, hebt sich ihr politisches Bewußtsein, erfährt sie ihre Kraft. Der Streik festigt die klassenkämpferische Einheit und Organisation der Arbeiter.

Genau das fürchten aber auch Gewerkschaftsbonzen wie Janßen, Loderer, Vetter, Hausenschild usw. Die Erfahrung zeigt, daß gerade im Arbeitskampf solche professionellen Abwiegler und Saboteure schneller und vollständiger durchschaut werden.

★ Paragraph 116 des Arbeitsförderungsgesetzes (AFG) beinhaltet, daß im Falle einer (angeblich) „produktionstechnisch“ bedingten Kurzarbeit (bzw. einer vorübergehenden Stilllegung), die durch einen Streik bedingt ist, die Arbeitsämter kein Kurzarbeitergeld bezahlen dürfen, falls der betroffene Betrieb in den Arbeitskampf mit verwickelt ist. Das ist dann der Fall, wenn die Gewerkschaft hier gleiche oder fast gleiche Forderungen aufgestellt hat. In diesem Fall unterliegt das Arbeitsamt der „Neutralitätspflicht“. Die Unternehmer erhalten so die Möglichkeit einer „kalten Aussperrung“, also einer Aussperrung, die offiziell nicht als Kampfmaßnahme gilt.

Lohnrunde 79/80

DGB-Führung: Kurs auf Niedrig-Forderung

RWI: 4 Prozent schon zu viel

Das Rheinisch-Westfälische Institut für Wirtschaftsforschung hat kürzlich einen Konjunkturbericht vorgelegt. Darin fordern die unternehmerhörigen „Wissenschaftler“, im nächsten Jahr müßten die Lohnerhöhungen noch unter vier Prozent liegen. In die gleiche Kerbe haut Bundeswirtschaftsminister Graf Lambsdorff, der den Arbeitern und Angestellten predigt, sie könnten „die Steigerung der Lebenshaltungskosten nicht einfach ausgeglichen bekommen“. Man sieht: Die Mafia der Bank- und Industriefürsten hat ihren Propagandafeldzug für die kommende Lohnrunde schon eingeläutet.

Sogar die bürgerliche Tageszeitung „Frankfurter Rundschau“ spricht offen aus, daß nach den Vorstellungen der Wirtschaftsmagnaten und ihrer Konjunkturforscher „die Beschäftigten trotz steigender Produktionsleistungen Einbußen ihres Lebensstandards hinnehmen“ sollen (Frankfurter Rundschau vom 15.8. 1979). Es läßt sich in der Tat nicht mehr leugnen: das Kapital hat, unterstützt von Regierung und Staatsapparat, einen frontalen Angriff auf den Lebensstandard des arbeitenden Volkes gestartet.

Wie reagiert die DGB-Füh-

rung auf diese Angriffe des Monopolkapitals? Anstatt alle Mittel des gewerkschaftlichen Kampfes aufzubieten und in Wort und Tat gegen die Lohnraubfeldzüge der Profithäie mobilzumachen, fällt sie der Arbeiterschaft in den Rücken und stärkt die Position der Kapitalisten. Sie boykottiert nicht nur den Kampf für einen Nachschlag, sondern bezieht sogar öffentlich gegen die Nachschlagsforderungen der Belegschaften und Vertrauensleute Stellung.

Die DGB-Führung wird auch in der kommenden Tarifrunde versuchen, die Lohn- und Gehaltsforderungen so niedrig wie möglich zu halten. In seinem Artikel in der letzten „Metall“ zur Ablehnung der Nachschlagsforderungen durch den IGM-Vorstand, läßt IGM-Vorstandsmitglied und Tarifexperte Hans Janßen das bereits anklingen. Statt ein Kampfprogramm des DGB für die Erhöhung der Löhne und Gehälter aufzustellen, kündigt Janßen an, der DGB werde sich „in der Öffentlichkeit und bei den politischen Parteien des Deutschen Bundestages verstärkt um Bundesgenossen für unsere Forderung nach Kontrolle der Preise, nach voller Mitbestimmung in der Wirtschaft und nach einer

planvollen Wirtschaftspolitik im Interesse der Arbeitnehmer“ umsehen.

Mit anderen Worten: Statt einen konsequenten Lohnkampf zu führen sollen wir unsere Hoffnungen auf die bürgerlichen Parteien in Bonn und auf die SPD/FDP-Regierung setzen. Als ob die letzten Monate nicht deutlich genug gezeigt hätten, daß die Regierung und die SPD nur Politik im Interesse der Monopole und Ölmultis machen.

Janßen vertritt in dem erwähnten „Metall“-Artikel offen den Standpunkt, die Erhöhung der Lebenshaltungskosten könne nicht durch den Lohnkampf der Gewerkschaften ausgeglichen werden: „Gegen den Mißbrauch ihrer Marktmacht durch nationale und internationale Konzerne, gegen eine Vernachlässigung von Arbeitnehmerinteressen durch die amtliche Wirtschaftspolitik können die Gewerkschaften allein wenig ausrichten.“

Diese Worte Janßens beweisen, daß die DGB-Führung nicht daran denkt, Lohnforderungen aufzustellen und durchzusetzen, die hoch genug sind, um den Lebensstandard der Arbeiter abzusichern.



Innerhalb der CSU vereinigen sich die finstersten Kräfte des Mittelalters, Feudalaristokratie mit dem Rüstungskapital. Unser Bild: Erzherzog Otto von Habsburg und der CSU-Chef (Aufsichtsratsvorsitzender der MBB-Tochter „Airbus“).

Sammelbewegung zur Rettung des Vaterlandes

Kürzlich erregte Bremens Finanzsenator Scherf einiges Aufsehen, als er die reaktionär-faschistoide Troika Strauß-Carstens-Stücklen als „Gang“ bezeichnete. Schon 1975 stellte der „Stern“ in seiner Strauß-Serie fest, daß die meisten Strauß-Mitarbeiter eher in eine „Gang“ als in ein Beraterteam passen würden und belegte das auch mit zahlreichen Vorstrafen (Meineld, Kuppelei etc.). Und in jüngster Zeit machten Strauß und seine „Gang“ Schlagzeilen, als sie die CDU-Führung ins Abseits schickten und sich faktisch an die Spitze der gesamten Union putschten. Die letzte Folge unserer Serie ist eine kurze Betrachtung über die politische Hintermannschaft des Franz Josef Strauß, der CSU.

Am 8. Januar 1946 fand die erste Landessitzung der CSU im Münchener Rathaus statt. Vorausgegangen war ein von Dr. Josef Müller (genannt „Ochsenhepp“) und dem Münchener Oberbürgermeister Dr. Karl Scharnagel initiiertes internes Treffen am 14. August 1945.

1946 wurden als vorläufiges Programm die „Zehn Punkte der CSU“ verabschiedet. Unter anderem hieß es da: „Rückkehr zur privaten wirtschaftlichen Initiative und Verantwortung unter Aufsicht des Staates; Achtung vor dem Privateigentum.“ (1) Somit war die CSU damals die einzige Partei, die sich in aller Offenheit für den kapitalistischen Weg aussprach. Die CDU sprach bekanntlich noch in ihrem Ahlener Programm von der Möglichkeit der Verstaatlichung, um von der starken Opposition im Volk gegen den Kapitalismus und seine Kriegsverbrechen zu profitieren.

Im Juni 1948 wurde der „Wirtschaftsbeirat der Union e.V., Sitz München“ als Fördergemeinschaft der CSU gegründet.

Nazis und Kriegsverbrecher

Schon Anfang der Fünfziger Jahre erwies sich die CSU als Sammelbecken für Nazis und Kriegsverbrecher.

- Strauß, der seit 1949 Generalsekretär der CSU war, seit 1961 CSU-Chef und Inhaber mehrerer Ministerposten, war nationalsozialistischer Führungsoffizier.
- Der an Kriegsverbrechen be-

teiligte Theodor Oberländer wurde im zweiten bayrischen Kabinett (1950) Staatssekretär für Flüchtlingsfragen und 1953 Bundesvertriebenenminister unter Adenauer. 1960 mußte er wegen breiter öffentlicher Proteste zurücktreten.

- Der nationalsozialistische Rechtswissenschaftler Theodor Maunz war von 1957 bis 1964 bayrischer Kultusminister. Auch er wurde durch öffentliche Proteste zum Rücktritt gezwungen.

Die CSU, der es mit christlich verbrämten programmatischen Formulierungen („gottgewollte Ordnung“ etc.) nur schwer gelang, ihre Geistesverwandtschaft mit dem Faschismus zu verbergen, legte eine bemerkenswerte Aktivität in Sachen Wiederaufrüstung an den Tag.

In ihrem Aktionsprogramm vom Oktober 1954 wird gefordert: „Eine den deutschen Kräften angemessene Beteiligung an der militärischen Sicherung der freien Welt durch Schaffung einer neuen deutschen Wehrmacht.“ (2) Und bei der Verabschiedung des ersten Wehrpflichtgesetzes der Deutschen Bundesrepublik 1956, durch das junge Deutsche wieder zum Waffendienst für das Kapital gezwungen werden sollten, votierte die CSU-Fraktion als einzige geschlossen dafür.

Von Anfang an war die CSU auf das engste mit dem wiedererstarkenden Monopolkapital verbunden, insbesondere mit den Rüstungskonzernen. Durch ihre wehrpolitischen Arbeitskreise (WPA) unternimmt die CSU größte Anstrengungen,

den militaristischen Geist breit unter das Volk zu tragen. Das Organ der WPA „Informationen zur Sicherheitspolitik“ konnte 1970 in seiner fünften Nummer stolz berichten: „In Bayern verfügt die CSU in nahezu jedem Standort über einen wehrpolitischen Arbeitskreis, dem jeweils zahlreiche Mitglieder verschiedener Berufe und Soldaten aller Dienstgruppen, vom Mannschaftsdienstgrad bis zum General, angehören. Die CSU ist damit die einzige politische Partei, die auf der Ebene der Gemeinden und Gemeindeverbände wehrpolitische Breitenarbeit leistet.“ (3)

Ein Jahr vorher wurde der ehemalige Wehrwirtschaftsführer Messerschmitt vom bayrischen Ministerpräsident vollständig rehabilitiert. Goppel verlieh ihm das Große Bundesverdienstkreuz mit Stern. Hochgerappelt hatte sich Messerschmitt in der CSU, in der er schnell eine neue politische Heimat fand. Desweiteren machte er Karriere als Gesellschafter von MBB, dem größten westdeutschen Rüstungskonzern, der seinen Hauptsitz in München hat und an dessen Kapital die bayrische Staatsregierung zu 22,97 Prozent beteiligt ist.

Rüstungskapitalisten und Feudalaristokratie

Wolfgang Pohle, Verteidiger von Flick im Nürnberger Kriegsverbrecherprozeß, persönlich haftender Gesellschafter der Friedrich Flick AG, Vorsitzender des Rechtsausschusses

des BDI (Bundesverband der deutschen Industrie) und Vorsitzender des DIHT (Deutscher Industrie- und Handelstag) war bis zu seinem Tode 1971 Schatzmeister der CSU, Mitglied des Finanzausschusses des Bundestages und stellvertretendes Mitglied des Verteidigungsausschusses des Bundestages.

Der frühere CSU-Generalsekretär Strauß hat selber an hervorragender Stelle der westdeutschen Rüstungsindustrie im Bundesverteidigungsministerium gedient und ist gleichzeitig Aufsichtsratsvorsitzender der MBB-Tochtergesellschaft „Airbus“.

Herbert Schneider, Bundestagsabgeordneter der CSU, war Geschäftsführer des Verbandes der Luft- und Raumfahrtindustrie.

Über MBB ist die CSU eng mit dem Siemenskonzern verbunden. Siemens ist der größte Elektrokonzern in Westdeutschland. Er hält über die Fidesgruppe in der unter anderem auch Thyssen vertreten ist, mit 37,5 Prozent den größten Kapitalanteil am westdeutschen Rüstungsgiganten MBB und ist auch anderweitig, zum Beispiel mit der Elektronik-Produktion im Rüstungsgeschäft engagiert.

Die aggressivsten Kreise der westdeutschen Finanzbourgeoisie sind wohl die wichtigste soziale Basis der CSU, aber nicht die einzige. Dazu gesellen sich weitreichende Verbindungen in die Kreise des reichen Landadels.

Eine Hauptrolle dabei spielte bis zu seinem Tode im Jahre 1972 der Ritter vom Heiligen Grabe zu Jerusalem Karl Theodor Freiherr von und zu Guttenberg. Sein Großgrundbesitz erstreckte sich über 10000 Hektar; er besaß zahlreiche Schlösser und Weingüter und wurde von der CSU von 1967 bis 1969 als Staatssekretär ins Bundeskanzleramt geschickt.

Über den Landadel verfügt die CSU gleichzeitig über gute Beziehungen zur reaktionären Führung des Bauernverbandes. Freiherr von Heeremann, Präsident des Bauernverbandes, soll im Kabinett Strauß Landwirtschaftsminister werden. Das CSU-Mitglied Otto Freiherr von Feury ist Präsident des bayrischen Bauernverbandes.

Vom Landadel führt der Weg zurück zur Rüstungsindustrie. Parallel zur Allianz der preußischen Junker mit den Schlotbaronen an Rhein und Ruhr ging die Feudalaristokratie eine enge Verbindung mit dem Rüstungskapital ein. Thurn und Taxis, Baron Finck, Wittelsbach und der Ritter von Srbik sind bei MBB beteiligt, ebenso der Freiherr von Freyberg. Die Herren von Oettingen-Wallerstein beteiligten sich bei der Bayrischen Vereinsbank, in deren Beirat wiederum Ludwig Bölkow, Gesellschafter von MBB, saß. Zusammen mit der Deutschen Bank ist die Bayrische Vereinsbank die Hausbank von MBB und dem Siemenskonzern und damit tief ins Rüstungsgeschäft verstrickt.

Nimmt man noch den katholischen Klerus als Stütze der CSU hinzu (man denke nur an die „Einheitsfront“ von Kardinalen und CSU-Leuten in der Abtreibungsfrage), so kann festgestellt werden, daß innerhalb der CSU die überlebten und finstersten Kräfte des Mittelalters, Feudalaristokratie und katholischer Klerus mit den aggressivsten Kreisen des westdeutschen Finanzkapitals eine ultrareaktionäre und faschistische Allianz eingegangen sind.

In verschiedenen äußeren Dingen unterscheidet sich die Ideologie und Propaganda der CSU zumindest äußerlich von

offen faschistischer Hetze, aber es gibt auch sehr viele Äußerungen von führenden CSU-Leuten und dem Bayern-Kurier, die sich in keiner Weise mehr vom faschistischen Stürmer-Jargon unterscheiden.

Noch auf andere Weise manifestiert sich die Blutsverwandtschaft der CSU mit dem Faschismus. CSU-Chef Strauß bezeichnete seine Partei auf einem Parteitag am 5. Juli 1970 in Nürnberg als „Sammelbewegung zur Rettung des Vaterlandes“ (4). Eine andere, nicht weniger aufschlußreiche Äußerung machte er etwa um dieselbe Zeit in Bad Reichenhall: „Man muß sich der nationalen Kräfte bedienen, auch wenn sie noch so reaktionär sind — mit Hilfstruppen darf man nicht zimperlich sein.“ (5)

Und zimperlich war er nicht. Die Querverbindungen zu den reaktionärsten politischen Kreisen Westdeutschlands, zu Faschistenverbänden, nazistischen Hetzzeitungen, revanchistischen Gruppierungen etc. könnte Bände füllen. Hier sei nur ein kleiner Ausschnitt erwähnt.

Aktionseinheit mit Neonazis

Da sind verschiedene reaktionäre und faschistische Zeitungen, die sich gegenseitig mit Artikeln versorgen, angefangen vom Bayern-Kurier über die mächtige Springer-Presse bis hin zur Nationalzeitung. So schrieb zum Beispiel das führende CSU-Mitglied Bolko Freiherr von Richthofen Artikel für die „Nationalzeitung“.

Da hat es Wahlabsprachen mit der NPD gegeben. Wenn die NPD schon nicht für einen völligen Verzicht auf eine Kandidatur zu gewinnen war, so hat sie sich doch immer bereit gefunden, zum „Splitting“ aufzurufen (Erststimme für CDU/CSU, Zweitstimme für NPD); so kam es in Kulmbach 1966 zu einer Listenverbindung von CSU, FDP und NPD.

Da gibt es den 1950 gegründeten Witikobund, ursprünglich ein Zusammenschluß von Altnazis aus dem Sudetenland. Dieser zahlenmäßig kleine Bund ist eine Art Schaltzentrale der Neonazis. So war der Witiko-Sprecher Dr. Walter Becher Redakteur eines NSDAP-Gaueorgans; später wurde er Bundestagsabgeordneter der CSU, gleichzeitig Sprecher der Sudetendeutschen Landsmannschaft, einer revanchistischen „Massenorganisation“ (1,8 Millionen Mitglieder).

Da sind die diversen Freundschaftskreise der CSU im ganzen Land, die ihrerseits wieder offene Verbindung zu Neonazis haben.

Da ist die „Deutschland-Stiftung e.V.“, deren Gründungsmitglied Erich Maier Witikone ist. Laut Gerichtsurteil darf die Deutschlandstiftung als neofaschistisch bezeichnet werden. Ihr Schatzmeister ist Dr. Günther Ossmann, der gleichzeitig Intimus und Anwalt von Franz Josef Strauß ist.

Da ist die „Deutsche Union“ bzw. „Deutsche Volksunion“, die von Nationalzeitungsverleger Frey und CSU-Mitglied Emmerich Giel gegründet wurde. Außerdem haben die beiden den sogenannten „Freiheitlichen Rat“ ins Leben gerufen, dem unter anderem der „Jugendbund Adler“ und die „Wiking-Jugend“ angehören.

Man könnte diese Liste der Querverbindungen noch fortsetzen. Tatsache ist, daß es kaum einen größeren neofaschistischen Verein gibt, der nicht in irgendeiner Verbindung

mit der CSU steht.

Bedenkt man, daß die CSU sozusagen als Kaderpartei der aggressivsten Kreise des westdeutschen Finanzkapitals große Macht und Einfluß weit über Bayern hinaus besitzt, so ist es nicht verkehrt zu behaupten, daß die CSU gewissermaßen der organisatorische Kern aller Reaktionäre und Faschisten in unserem Land ist. Franz Josef Strauß ist ihr Führer.

„Der Führer“

Und als Führer hat er sich allemal profiliert, sehr früh in der CSU, heute führt er den gesamten Unionsblock an, und von den Alt- und Neonazis wird er ebenfalls als Führerfigur akzeptiert. So donnerte er einmal seinen CSU-Gefolgsleuten entgegen: „Ich bin ein Deutschnationaler und fordere unbedingten Gehorsam“ (6). Ein RCDS-Mitglied, das Strauß aufforderte, sein Meinungsmonopol als Herausgeber des Bayernkuriers aufzugeben, beschied er: „Ich bin die Stimme der Partei!“ (7) Und auf dem CSU-Parteitag 1965 strich er die Wahl des Parteipräsidiums von der Tagesordnung und präsentierte ein Präsidium Marke Strauß mit den Worten: „In Kenntnis meiner Absichten und Ihrer Zustimmung haben sie (die Präsidiumsmitglieder, Red.) schon Platz genommen“ (8). Unnötig zu erwähnen, daß das Parteivolk auch diese Prozedur widerspruchlos über sich ergehen ließ.

Strauß, der vom Magazin Stern 1975 als „Selbstherrlicher Mafiaboss“ (9) eingestuft wurde, dem seine Parteifreunde durch die Tiefen der Skandale und Korruptionsaffären treu gefolgt sind, die seine faschistischen Hetztiraden begeistert beklatschten, beantwortet die Anfeindungen der Öffentlichkeit gegen Strauß, die für sie jedesmal der Ausdruck einer bolschewistischen Verschwörung sind, mit regelrechtem Personenkult. Die „Studiengesellschaft für staatspolitische Öffentlichkeitsarbeit“ schlug in der Propagandaschrift „à propos Strauß“ allen Ernstes vor, für den CSU-Chef eine besondere Höchstklasse des Bundesverdienstkreuzes in einmaliger Ausfertigung zu schaffen.

Schließen wollen wir mit Worten des Altliberalen Reinhold Maier, die er nach einer der berüchtigten und kriegshetzerischen Reden des Kriegministers Strauß geäußert hat, festgehalten im Protokoll des „Deutschen Bundestages, 3. Wahlperiode, 18. Sitzung am 20.3. 1958: „Dem Herrn Bundesverteidigungsminister würde ich kein Feldgeschütz anvertrauen; denn wer so spricht, wie der Herr Bundesverteidigungsminister, der schießt auch. Das war so gar nicht mehr die Rede eines Staatsmannes, sondern das war eine Rede von Krieg und war Kriegsgeschrei... Heute haben wir hier nicht den Bundesverteidigungsminister (!!!) gehört, sondern wir haben den Reichskriegsminister gehört“ (10).

1 Hans Adamo: Die CDU/CSU. Wesen und Politik, Frankfurt 1976, S. 53

2 ebenda S. 61

3 Fred Schmid: Der Militär-Industrielle-Komplex, Frankfurt 1972, S. 169

4 Stern Nr. 17 Jg. 1975, S. 72

5 Spiegel Nr. 12 Jg. 1970, S. 106

6 Stern Nr. 13 Jg. 1975, S. 76

7 Stern Nr. 16 Jg. 1975, S. 105

8 ebenda

9 ebenda

10 Die CDU/CSU. Wesen und Politik, S. 62

Die Betriebszellen unserer Partei in den westdeutschen Großbetrieben haben im Zuge der Vorbereitungen auf den diesjährigen Roten Antikriegstag am 1. September auch die Rolle „ihrer“ Konzerne bei der Entfesselung des faschistischen Raubkriegs und bei der heutigen Rüstungsproduktion durchleuchtet. Wir drucken im folgenden einen Artikel ab, mit dem die Betriebszellen der KPD/ML auf den Werften zu diesem Thema Stellung nehmen.

Roter Antikriegstag 1979

Schiffe für den Krieg

Nie wieder Krieg, das war und ist die Meinung der Werktätigen nach den grausamen Erfahrungen des ersten und zweiten Weltkrieges. Aber nicht lange trugen die Herrschenden in der Bundesrepublik dieser Stimmung Rechnung. Selbst Adenauer und Strauß hatten Anfang der 50er Jahre noch getönt: „Eine Aufstellung von militärischen Streitkräften wünschen wir nicht, wir haben genug vom Kriege“ und „Wer noch einmal ein Gewehr in die Hand nehmen will, dem soll die Hand abfallen.“ Doch davon war Mitte der 50er Jahre nichts mehr zu hören. Die alten Konzernherren hatten ihre Macht wieder hergestellt, saßen nach kurzen Haftstrafen als Kriegsverbrecher wieder in den Konzerntagen und bestimmten die Politik. Einträchtig stimmten CDU/CSU und die SPD der Wiederaufrüstung und der Kriegsvorbereitung zu.

Viermal so viel wie Hitler zur Vorbereitung des zweiten Weltkriegs ausgab — 360 Milliarden Mark — sind seit 1955 für militärische Aufrüstung verschwendet worden. Die, die nach dem verlorenen Krieg als Kriegsverbrecher abgeurteilt wurden, heuchelten, sie wollten „nie wieder Kanonen bauen“ (Krupp). Heute sind sie alle wieder voll im Geschäft, Krupp, Thyssen, Siemens, Bölkow, Blohm usw. Und sie haben einen unstillbaren Nachholbedarf. Bereits 5 Prozent des Exports besteht aus Rüstungsgütern. In über 50 Ländern der Welt wird mit dem deutschen G3 geschossen. Ob die chilenische Militärjunta oder der jüngst gestürzte Shah, sie alle unterdrücken das Volk mit Hilfe deutscher Gewehre. Seit 1967 ist in keinem Land der Welt der Rüstungsexport so stark gestiegen wie in der Bundesrepublik. Während weltweit der Export von Waffen um 5 Prozent anstieg, steigerten die westdeutschen Waffenschmieden ihren Anteil um jährlich 20 Prozent!

Die Werften von Anfang an dabei

Allen voran die HDW als staatliche Werft und Blohm & Voss, die Thyssenwerft. Der Generalunternehmer für die gesamte U-Boot-Produktion in Westdeutschland und nach eigenen Angaben „größter U-Boot-Bauer der Welt“ — die HDW — lebt nach Aussagen des Vorstandschefs Henke vor allem vom „Sonderschiffbau“, wie man dort vornehm sagt. Hier sind die Gewinne abgesichert. Denn die faschistischen Militärregime in Argentinien, Indonesien, dem Iran, in Griechenland zahlten gut für Kriegsschiffe. Und selbst beim Sturz dieser Diktaturen ist der HDW der Gewinn gesichert — durch unsere Steuergelder. So jetzt bei den sechs iranischen U-Booten: Das Schahregime hat angezahlt und der Rest ist über die staatliche Hermes-Versicherung abgedeckt.

Immer größer wird der Anteil der Rüstungsproduktion auf den Werften. Bei HDW im Schiffsneubau ist das Auftrags-

volumen des „Sonderschiffbaus“ viermal so hoch wie beim Handelsschiffbau (2,07 Milliarden zu 493 Millionen). Dabei werden sogar noch Kriegsschiffe als Handelsschiffe getarnt. So bei zwei für Nigeria gebauten Schiffen. Offiziell als RO-RO-Schiffe geführt, handelt es sich tatsächlich um militärische Landungsboote. Oder zwei Vielseitigfrachter für den blutigen Kaiser Bokassa aus der Zentralafrikanischen Republik, die „auch als Kadettenschiffe dienen sollen“.



U-Boote für Venezuela, gebaut bei HDW in Kiel und Werbung für den Krieg der Bremer Vulkan-Werft

Bei Blohm & Voss in Hamburg, seit ihrem Bestehen eine der größten Waffenschmieden Deutschlands, beträgt heute bereits der Anteil der Rüstungsproduktion mehr als 50 Prozent. Panzerwannen für den „Leopard“ werden dort hergestellt. Nur noch 8 Prozent machte im letzten Geschäftsjahr der Handelsschiffsneubau aus. Skrupellos hat die Thyssenwerft von Anfang an Kriegsschiffe gebaut und selbst in offiziell nicht zugelassene Krisengebiete exportiert. 3 Korvetten für das portugiesische Kolonialsystem in den 60er Jahren und heute 2 Fregatten und 20 Patrouillenboote für die Generale in Argentinien und eine Fregatte für Nigeria.

Auch kleinere Werften wie Lürssen und Abeking & Rasmussen in Bremen exportieren, wohin es irgend geht. Je reaktionärer das Regime, um so größer der Gewinn. So gingen Patrouillenboote nach Südafrika und an das faschistische Franco-Regime in Spanien. Insgesamt wurden seit 1954 mehr als 155 Kriegsschiffe in 23 Ländern, hauptsächlich Militärdiktaturen, geliefert.

Arbeitsplätze durch Rüstung sichern?

Eine weitere Erleichterung des Rüstungsexports auch in

Kriegsgebiete forderten 16 Betriebsratsvorsitzende von Rüstungskonzernen. Wie sie sagten, zur Sicherung der Arbeitsplätze. Die Tatsachen haben längst bewiesen, daß langfristig durch Rüstungsproduktion und -export keineswegs Arbeitsplätze gesichert werden. Trotz des Aufbaus einer eigenen westdeutschen Flotte und ständiger Reparaturen auf den Werften, trotz des Milliarden-Fregatten-Bau-Programms, heute finden nur halb so viele Arbeiter einen Arbeitsplatz auf den Werften wie 1957,



und die Entlassungswelle rollt weiter. Allgemein gesprochen ist Rüstungsproduktion schlicht Verschwendung, todbringende Verschwendung. Große Nachfrage nach Panzern, Kanonen und Kriegsschiffen heißt doch nichts weiter als Vorbereitung und Durchführung von Kriegen. Kriegen, bei denen es um Profit geht, um die Einverleibung anderer Länder, um die Sicherung von Märkten und Rohstoffquellen.

Wenn der Vertreter der Supermacht USA, Carter, unverhohlen mit Krieg gegen Ölländer droht, dann reiben sich nicht nur die Ölkonzerne die Hände, nein, auch die Rüstungskonzerne frohlocken. Es werden Flugzeuge, Kriegsschiffe und Waffen in Mengen gebraucht. Riesige Gewinne winken. Auch Hitler holte den großen Teil der Arbeitslosen mit Arbeiten zur Vorbereitung des zweiten Weltkrieges von der Straße. Solche Art von Sicherung der Arbeitsplätze ist tödlich.

Wenn heute, trotz aller Friedensbeteuerungen auf Seiten der Herrschenden, die NATO und der Warschauer Pakt unvermindert aufrüsten, so dient das in keinem Fall der Sicherung der Arbeitsplätze.

Wenn heute, trotz aller Friedensbeteuerungen auf Seiten der Herrschenden, die NATO und der Warschauer Pakt unvermindert aufrüsten, so dient das in keinem Fall der Sicherung der Arbeitsplätze.

Kanonen statt Butter, diese Politik dient der Vorbereitung eines dritten Weltkrieges. Die USA und die UdSSR geraten überall auf der Welt aneinander und machen sich ihre Einflusssphären streitig. Ihre SALT-Abkommen sind nur von kurzer Dauer. Immer scharfer wird ihr Ringen um die Welt-herrschaft.

Wenn die Bundesrepublik in der NATO und die DDR im Warschauer Pakt verbleiben, wenn auf deutschem Boden weiter aufgerüstet und Waffenexport betrieben wird, dann werden wir unvermeidlich in einen drohenden Krieg der beiden Supermächte hineingezogen. Die alten Kriegstreiber und Kriegsgewinnler Krupp und Thyssen haben nach wie vor die Schaltknüppel in der Hand. Ihr Geschäft war und ist die Aufrüstung und der Krieg. Sie gilt es von den Schalthebeln zu vertreiben. Erst dann können wir sicher sein, daß von deutschem Boden kein Krieg mehr ausgeht und wir eine echte Chance haben, den Frieden in Europa und in der Welt zu erhalten.

**Nie wieder Faschismus!
Nie wieder Krieg!**

Keine Skrupel...

...kennt der westdeutsche Verfassungsschutz bei der Zusammenarbeit mit Geheimdiensten faschistischer Terrorregime. Ein Verfassungsschutzbeamter, der offenbar Skrupel bekommen hatte, eine angeforderte Liste von hundert Mitgliedern der demokratischen iranischen Organisation CISNU an den SAVAK weiterzuleiten, wurde nach mehrmaliger Weigerung strafversetzt.

Die aufgelisteten iranischen Studenten waren vom Verfassungsschutz schon längere Zeit „observiert“ worden. Die Weitergabe der Beobachtungsberichte an den SAVAK hätte eine Bedrohung für das Leben der Studenten bei ihrer Rückkehr nach Iran sowie ihrer Angehörigen bedeutet. Der Auftraggeber dieser unmenschlichen Weitergabeanweisung ist der ehemalige Chef der Abteilung 6 (Ausländerüberwachung) des Verfassungsschutzes, Oberinspektor Bessel-Lorck. Typen dieser Art sind die Handlanger, mit denen faschistische Diktaturen ihr blutiges Werk überhaupt erst verrichten können.

Carstens für NS-Kriegsverbrecher

Entrüstung löste in den Niederlanden das Ansinnen des neugewählten westdeutschen Bundespräsidenten Karl Carstens aus, die letzten beiden in niederländischer Haft befindlichen deutschen Kriegsverbrecher freizugeben.

Vertreter der ehemaligen Widerstandsbewegung in Holland forderten unmißverständlich, daß die für die Nazi-Verbrecher ausgesprochenen Strafen bis zuletzt aufrecht erhalten werden müßten. In der niederländischen Presse trug man der Empörung in der Bevölkerung Rechnung und erinnerte an die Opfer des Nazi-Terrors, von denen viele noch heute in einer besonderen Klinik in der Nähe von Leiden zu lebenslangem Leid verurteilt seien. Vor allem, daß das Ersuchen von dem ehemaligen NSDAP-Mitglied Carstens kam — offensichtlich als demonstrativer profaschistischer Vorstoß gemeint — empörte die holländische Bevölkerung.

Aktivitäten der Arbeiterjugend zum 1. September

80 Junggewerkschafter aus Nordrhein-Westfalen hielten während eines Freizeitaufenthalts in Grömitz/Ostsee eine Kundgebung ab und forderten von der Stadt Neustadt, zum Antikriegstag Informations- und Gedenktafeln an einer Gedenkstätte anzubringen, die aus Anlaß eines Nazi-Massakers vor 34 Jahren errichtet worden war. Damals waren 7000 Juden umgekommen, die von der SS in Schiffe gepfercht und den Bombenangriffen ausgesetzt wurden. Die Überlebenden hatte die SS dann erschossen. Durch die mangelnde Aufklärung durch die Stadtbehörden droht dieses Massaker sonst in Vergessenheit zu geraten.

Die DGB-Jugend Nordrhein-Westfalens hat am 1. September nach Dortmund eingeladen. Um 15 Uhr wird am Mahmal für die Opfer des Faschismus in Dortmund-Bittermark eine Gedenkveranstaltung abgehalten. Um 18 Uhr findet dann eine Großkundgebung zum Antikriegstag in der Westfalenhalle statt. Eintrittskarten (6 Mark) sind über die zuständigen DGB-Kreise zu erhalten.

Die Rote Garde in Essen wird am 31.8. aus Anlaß des Roten Antikriegstages den Platz, an dem 1952 der Genosse Philipp Müller von

Polizei erschossen wurde, in „Philipp-Müller-Platz“ umbenennen. Philipp Müller war im Kampf gegen die Wiederaufrüstung des deutschen Imperialismus gefallen. Treffpunkt: 17.30 Uhr, Alfredstraße, Ecke Herthastraße.

Die Gewerkschaftsjugend in Bochum hat in einem Antrag an den Stadtrat gefordert, am Husemann-Platz ein Mahmal mit den Namen aller von den Nazis umgebrachten Bochumer Widerstandskämpfer aufzustellen. Ebenso soll in Wattenscheid die Bezirksvertretung die Krupp-Straße nach Martin Lang umbenannt werden, der 1933 von den Nazis schwer mißhandelt worden war.

Die Gelsenkirchener Gewerkschaftsjugend hält am 29. August eine Podiumsdiskussion mit dem Thema „Ist der Faschismus tot?“ ab.

Die Filme „Nackt unter Wölfen — Widerstand und Verfolgung in Köln“ und „Nazis, gibt's die noch?“ zeigt die Kölner Gewerkschaftsjugend in der Zeit vom 14. bis 29. August aus Anlaß des Antikriegstags.

Am 31. August veranstaltet die Gewerkschaftsjugend in Bonn und Herne Gespräche mit Naziverfolgten und ehemaligen KZ-Häftlingen, ebenso in Recklinghausen und Krefeld.

Veranstaltungen der KPD/ML zum Roten Antikriegstag 1979

Bochum: 30.8., 20 Uhr, Haus Guzy, Weitmar, Brantrop Str./Schützenstraße

Bremerhaven (Spaden): 31.8., 20 Uhr, Gaststätte Gundermann, Leherstr. 52. Abfahrt in Bremen: 19 Uhr, Waller Seebad.

Darmstadt: 29.8., 19.30 Uhr, Gaststätte Petri, Arheilgerstr./Ecke Gardistenstr.

Dortmund: 30.8., 19.30 Uhr, Haus Göbeln, Schützenstr.

Duisburg (Meiderich): 24.8., 19 Uhr, Haus Hirtz, Emmericher Str. 104.

Düsseldorf: 25.8., 19 Uhr, Gaststätte „Donauack“, Worringerplatz

Essen: 29.8., 19 Uhr, Gaststätte Birkenauer, Mörikestr.

Frankfurt: 31.8., 19.30 Uhr, Volksbildungsheim, Kleiner Saal Eschenheimeranlage

Gießen: 30.8., 19 Uhr, Pizza-West, Hardtalallee 12

Hagen: 29.8., 18.30 Uhr, Gaststätte „Remberg-Eck“, Remberger Str. 42

Hamburg: 1.9., 20 Uhr, Gaststätte Jarrestadt, Jarrestraße

Heide/Wesseln: 28.8., 20 Uhr, Alte Kate

Herne: 27.8., 19 Uhr, Gaststätte Rychwald, Neustr.

Kiel: 25.8., 17 Uhr, Gaststätte Waidmannsruh, Ecke Eckernförderstr. / Koppelspählerallee

Köln: 28.8., 19.30 Uhr, Bürgerhaus Vingst, Kuthstr. 27

Ludwigshafen-Mannheim: 30.8., 20 Uhr, Gaststätte „Concordia“, Mannheim-Neckarstadt, Langstr.

Oberhausen: 26.8., 18 Uhr, Gasthof im Treppchen, Stöckmannstr. 66

Stuttgart (-Ost): 9.9., 11 Uhr, Gaststätte Friedenau, Rotenbergstr. 127

Weinheim: 28.8., 19.30 Uhr, Gaststätte „Deutsches Haus“, Friedrichstr.

Westberlin (Wedding): 30.8., 19 Uhr, Hertha-Domizil, Jülicher/Ecke Behmstraße.

Witten (-Annen): 30.8., 19.30 Uhr, Gaststätte Diergarten, Herdecker Str.

Wolfsburg: 25.8., 19 Uhr, Löwenhof, Restaurant Mazedonien-Grill, Saarstr. 23

Veranstaltungen der Roten Garde

Diez/Lahn: 28.8., 19.30 Uhr, Gasthof „Eckhart“, Bismarckstr.

Roxheim: 28.8., 19.30 Uhr, Gaststätte „Mottel“, Berlinerstr.



„Man tut freundlich, wo ein Arbeiter am liebsten mit der Faust reinhauen würde!“

Volkskorrespondenz aus dem Einzelhandel

Ich arbeite in einer kleinen Sparte des Einzelhandels, den wahrscheinlich nicht viele Kollegen kennen, dem Buch- und Kunsthandel. Innerhalb unserer Buchhandlung, in der ca. 15 Kollegen einschließlich Büro- und Halbtagskräften beschäftigt sind, arbeite ich mit einem anderen Kollegen zusammen in der Kunstabteilung. Innerhalb einer Verkaufsfläche, die ebenso groß wie der gesamte übrige Laden mit sechs Verkäufern ist, und zu der noch ein Büro und eine Etagelager gehört, müssen wir also zu zweit die dreifache Arbeit bewältigen.

Um günstige Verkaufsmöglichkeiten für die teuren Kunstgegenstände zu gewährleisten, ist die Galerie wie ein Schmuckkästchen eingerichtet: Die Fenster sind mit Wänden verbaut, um mehr Platz für die Bilder zu schaffen, die in ihren Echtholzrahmen auf sanft schimmernden Wandbespannungen im Glanz zahlloser Strahler prangen. Teppichböden dämpfen jedes störende Geräusch, Aschenbecher aus Marmor stehen auf den mit Eichenfurnier ausgestatteten Schaukästen. Leider ist die Klimaanlage, die für die entsprechende Lufttemperatur sorgen soll, schon vom Tage ihres Einbaus an ständig defekt; Temperaturen von 28 bis 35 Grad sind keine Seltenheit.

Die kostbare Einrichtung der Umgebung für die hochkarätigen Waren, die im Einzelfall bis zu 100.000 Mark kosten, erfordert natürlich Fleiß, Opferbereitschaft und unermüdlichen Einsatz von Seiten der Kollegen. Das Grundgehalt im Einzelhandel ist niedrig und liegt im Schnitt zwischen 1.500 und 2.000 Mark brutto.

Als Anreiz für die Arbeit sind daher fast alle Verkaufskräfte zu Abteilungsleitern ernannt und am Umsatz beteiligt worden. Sie werden dadurch in dem Glauben ge-

halten, sie arbeiteten für sich selbst, wenn sie ihre Pausenzeiten und freie Tage wegen mangelnder Vertretung ausfallen lassen, unbezahlte Überstunden leisten oder an Samstagnachmittagen und sonntags (bei Ausstellungseröffnungen und Veranstaltungen) arbeiten. Daß sich im Haus des Chefs ein neues Schwimmbad und vergoldete Wasserhähne befinden, erfahren sie dann per Zufall mal von Handwerkern oder Fahrern, die auch im Geschäft Reparaturen ausführen.

Innerhalb von sechs Monaten sind drei Kollegen wegen Überarbeitung in der Firma zusammengebrochen! Krankfeiern leistet sich kaum jemand — am wenigsten die Halbtagskräfte, meist Hausfrauen, die auf den Zuverdienst angewiesen sind oder noch eine eigene Rente erarbeiten müssen. Sie kommen zum Teil mit hohem Fieber oder schweren Erkrankungen zur Arbeit, weil niemand von den Kollegen sie vertreten kann und sie Angst haben, entlassen zu werden. Es wird ihnen auch ganz offen vom Chef ins Gesicht gesagt: Als eine ältere Kollegin kürzlich über die durch die defekte Klimaanlage ständigen Temperaturschwankungen und die starke Zugluft klagte, bekam sie zu hören, man könne ja auch Leute einstellen, denen das nichts ausmache. Außerdem kontrolliert der Chef persönlich durch Krankenbesuche, ob jemand, der sich krank gemeldet hat, auch wirklich zuhause im Bett liegt. Eine schwangere Kollegin mußte sich die übelsten Bemerkungen über ihren Zustand anhören.

Manche Kollegen „dürfen“ auch während der Arbeitszeit und am Feierabend Besorgungen für den Chef machen — natürlich ohne daß ihre Arbeit liegen bleibt. Sie holen seine Angehörigen am Urlaubsort oder vom Flughafen ab, seine Sachen von der Reinigung oder kaufen für ihn ein.

Ebenso wie die Arbeitskraft jedes einzelnen auf diese Weise bis zur Grenze der Kräfte und auch darüber hinaus ausgenutzt wird, wird auch jeder Quadratmeter Fläche, jede Minute Zeit, jede Ware auf ihren Profit hin genau abtaxiert. Bücher, die keine reichen Kunden anziehen, werden allmählich ganz aussortiert. Das reicht von Böll bis Wallraff; Bücher von rororo

volle alte Graphik. Wichtig ist, daß die Bücher oder Bilder repräsentativ aussehen, kostbar oder exklusiv, aber vom Inhalt her nichtssagend sind. Manche Kunden stört schon der Schimmer der Wahrheit, der hin und wieder in einem Bild auftaucht, weil er sie in ihrem Seelenfrieden bedroht. Bestenfalls ehemals „progressive“ Intellektuelle, die als Anwälte



Unser Bild zeigt eine Demonstration der HBV in Essen, an der sich mehrere hundert Gewerkschafter beteiligten. „Maxi-Ausstattung — Mini-Gehälter“, das trifft auch für die Kollegen zu, die in den Galerien arbeiten, die häufig Buchhandlungen angeschlossen sind.

aktuell oder gar von Verlagen wie Rotbuch oder Wagenbach existieren für den Laien kaum noch. Preiswerte Sachbücher im Taschenbuch werden nicht vorrätig gehalten, Einzelbestellungen für Taschenbücher aus Kostengründen überhaupt nicht mehr durchgeführt. Ebenso wird bei der Kunst auf Nummer sicher gesetzt.

Die Verkaufsräume haben zu viel gekostet, als daß hier junge, geschweige denn kritische Künstler eine Chance kriegen würden. Ausgestellt wird vornehmlich die sogenannte „klassische Moderne“, wie deutsche Expressionisten oder renommierte Stars von Miró bis Picasso; auch wert-

oder Professoren Karriere gemacht haben, müssen den Statuswert ihrer Intelligenz mit einem echten Daumier oder anderer kritischer Kunst in ihren Praxisräumen dokumentieren.

Für Konzernetagen als Wandschmuck, für den Aufsichtsratsvorsitzenden zum 60. Geburtstag, für die Privatklinik des Herrn Chefarztes, für die Mätressen der Makler und Großkaufleute, für Oberbürgermeister und Gewerkschaftsbözen wandern hier Gegenstände für Tausende von Mark über den Ladentisch, von denen selbstverständlich der größte Teil auch noch als Fachliteratur von der Steuer abgesetzt wird.

anzustrengen. Die Bundesknappschaft und die Bottroper Krankenhausleitung werden ihr ganzes Geschick aufbieten müssen, um ihren Linienschwenk verständlich zu machen.

Anzumerken ist noch, daß die gekündigten Kollegen in der Bürgerinitiative mitgearbeitet haben! Anzumerken ist noch, daß Schwestern, die im Krankenhaus eine Unterschriftensammlung zugunsten der Gekündigten durchführen wollten, einen fürchterlichen Ruffel von der Schwester Oberin verpaßt gekriegt haben.

Nach der für sie erfolgreich abgelaufenen Sozialausschuss-Sitzung wollen Bundesknappschaft und Krankenhausleitung offensichtlich eine Art Flurbereinigung durchführen nach dem Motto: Wer aufmuckt, fliegt raus! Wer unsere Lügen nicht mitvertritt, wird entlassen! Selbst wenn durch den offenen Druck einige Mitglieder der Bürgerinitiative abspringen sollten, werden sich die Betroffenen enger zusammenschließen und geeignete Maßnahmen überlegen, um für die Rücknahme der skandalösen Kündigungen zu kämpfen und das Geschwätz „um die Schließung der Station (angeblicher Personalmangel) gerade anhand der erfolgten Kündigungen als Lügen zu entlarven.“



Dr. Menzel, Direktor des Knappschafts-Krankenhauses. Denn mittlerweile sind drei Mitarbeitern der bereits geschlossenen sozialpsychiatrischen Station die Kündigungs-schreiben ins Haus geflattert; eine fristlose Kündigung wegen Störung des Betriebsfriedens, zwei fristgerechte Kündigungen wegen „innerbetrieblicher Erfordernisse“. Die Betroffenen haben das einzig Richtige getan; sie gingen zum Anwalt, um einen Arbeitsgerichtsprozeß

Die Preise dieser Objekte werden einzig und allein vom hochgeputzten Kunstmarkt bestimmt; der Künstler selbst bekommt meistens am wenigsten davon. Einsacken tun die Händler, bei denen die Künstler unter Vertrag sind, die großen Auktionshäuser und die reichen Privatsammler, die dort steigern.

Die „guten“ Kunden, die ohne Mühe einen Scheck über 10.000 Mark ausstellen, gleichzeitig ein Haus kaufen und dann in Urlaub nach Thailand fliegen, werden natürlich von vorn bis hinten bedient. Titel und Adelsprädikate dürfen bei der Anrede nicht fehlen. Was und wie man es sagt, die Art, wie man lächelt, die Gestik und das Erscheinungsbild von der Kleidung bis zur Frisur, all das verkauft mit. Man verkauft hier dem Teufel seine Seele, man guckt diesem Gesindel in die Fratze und tut freundlich, wo ein Arbeiter am liebsten mit der Faust reinhauen würde.

Kommt dagegen ein Arbeiter herein, ein Student oder jemand, der seiner Kleidung nach nicht nach Geld stinkt, dann wird er links liegen gelassen. Die Beratung wird auf ein Mindestmaß beschränkt, ja er wird beobachtet, ob er nicht gar klaut, denn bei denen weiß man ja nie!

Daß man alle Kunden, seien es Geldsäcke der Normalbürger, von hinten bis vorne belügen soll, ist sowieso eine goldene Regel der Verkaufstechnik. Fachwissen und Redegewandtheit und dazu genug Unverschämtheit, um den

letzten Mist als die Krone der Gegenwartskunst, die primitivste Schmiererei als das Werk eines der größten Genies unserer Zeit zu verkaufen und einen protzigen, aber schlechten Bildband als die einzige und wichtigste Publikation auf dem und dem Gebiet zu bezeichnen, das ist das A und O des Kunsthandels.

Die Gegenwehr gegen Arbeitssetze, Druck und Lüge steht bei uns noch ganz in den Anfängen. Ein Betriebsrat existiert nicht, und durch ihre Umsatzbeteiligung oder durch die Angst um den Arbeitsplatz sind viele Kollegen noch nicht zum Kämpfen bereit. Nicht wenige sind heimliche Alkoholiker.

Seit einiger Zeit gibt es eine Gruppe in der HBV für Angestellte des Buchhandels, in der ich mitmache. Überhaupt muß bei vielen Kollegen das gewerkschaftliche Bewußtsein geweckt und gestärkt werden. Gut ist, daß man über die Gewerkschaft auch Kollegen von anderen Buchhandlungen trifft. Meiner Meinung nach darf sich unser Kampf aber nicht nur auf die „normalen“ gewerkschaftlichen Fragen beschränken, wir müssen uns auch unbedingt Gedanken über den Kampf gegen die dekadente und massenfeindliche Kunst und Literatur machen, die wir gezwungenermaßen zu vertreiben haben. Wir müssen uns einreihen in den Kampf für eine Kultur, die das wirkliche Leben wieder spiegelt, die auf der Seite der Werktätigen und des Volkes steht.

Bundesknappschaft feuert engagierte Mitarbeiter

Volkskorrespondenz aus Bottrop

In meiner letzten Korrespondenz (RM 33) habe ich vom Kampf der Bürgerinitiative „Gemeindenähe Psychiatrie“ gegen die Schließung der sozialpsychiatrischen Station (Station K) des Bottroper Knappschafts-Krankenhauses berichtet. Auf einer öffentlichen Sozialausschusssitzung, wo weder die Betroffenen noch deren Sachverständige Rederecht hatten, wurden die berechtigten Anliegen der Initiative und der Bevölkerung, die sich in zahlreichen Unterschriften für den

Erhalt der Station ausgesprochen hatte, regelrecht verdrängt und verkauft.

Immerhin aber wurde vom ärztlichen Direktor Dr. Menzel die verbindliche Zusage gemacht, daß bei der am 1. August vorgenommenen Schließung keine Arbeitsplätze vernichtet würden, ja, er jammerte sogar, er sei beim besten Willen noch nicht einmal in der Lage, alle Planstellen zu besetzen, das sei ja überhaupt der Grund für die Schließung.

Dieses Argument, das sich

bereits auf der Ausschusssitzung als äußerst dürrig erwies — immerhin gibt es in NRW knapp 9.000 Arbeitslose im Krankenpflegebereich — hat die Bundesknappschaft die Beteuerungen Menzels unfreiwillig als Zwecklügen entlarvt.



Dr. Menzel, Direktor des Knappschafts-Krankenhauses. Denn mittlerweile sind drei Mitarbeitern der bereits geschlossenen sozialpsychiatrischen Station die Kündigungs-schreiben ins Haus geflattert; eine fristlose Kündigung wegen Störung des Betriebsfriedens, zwei fristgerechte Kündigungen wegen „innerbetrieblicher Erfordernisse“. Die Betroffenen haben das einzig Richtige getan; sie gingen zum Anwalt, um einen Arbeitsgerichtsprozeß

Bestellen Sie Informationsmaterial der KPD/ML

- ☐ Ich bitte um Zusendung weiterer Materialien der KPD/ML
- ☐ Ich möchte den „Roten Morgen“, das Zentralorgan der KPD/ML, abonnieren
- ☐ Ich bitte um Zusendung einer Probenummer des „Roten Morgen“
- ☐ Ich möchte zu Veranstaltungen der KPD/ML eingeladen werden

Name:

Straße:

Plz./Ort:

Datum: Unterschrift:

Ausschneiden und einsenden an das Parteibüro der KPD/ML, Wellinghofer Straße 103, Postfach 300526, 4600 Dortmund 30.

Theoretisches Organ der KPD/ML



• Probleme der Einheitsfrontpolitik

• Für das gesetzliche Verbot der Aussperrung

Probleme der Einheitsfrontpolitik

Über die Notwendigkeit der Einheitsfront / Das spontane Streben nach Einheit und die Einheitsfrontpolitik der Kommunistischen Partei / Die Kommunistische Partei muß die Einheitsfronttaktik in jeder Periode ihres Kampfes anwenden / Die Volksfront / Die Formen der Einheitsfronttaktik / Die Aufgaben der Kommunistischen Partei in der Einheitsfront / Die Notwendigkeit starker Massenorganisationen unter der Führung der Partei

Für das gesetzliche Verbot der Aussperrung

Waffengleichheit? / Schwerpunktstreiks begünstigen die Aussperrung / Die rechtliche Lage / Verbot per Gerichtsbeschuß? / Warum für ein gesetzliches Verbot? / Der Kampf gegen die Aussperrung ist ein Kampf gegen Reaktion und Faschismus

Dokumentation

Aus den Urteilen der Arbeitsgerichte / 1. Bundesarbeitsgericht, Beschluß vom 28.1.1955 / 2. Bundesarbeitsgericht, Beschluß vom 24.4.1971 / 3. Arbeitsgericht Lörrach, Beschluß vom 18.8.1978 / 4. Arbeitsgericht Frankfurt am Main, Beschluß vom 11.9.1978

Bestellungen an Verlag Roter Morgen, Wellinghofer Str. 103, 4600 Dortmund 30. Preis 3 DM.

Auf Einladung der Redaktion der albanischen Zeitung „Zëri i Popullit“, dem Zentralorgan der Partei der Arbeit Albaniens, bereiste ein Redakteur des „Roten Morgen“ sechs Wochen lang die Sozialistische Volksrepublik Albanien. In der letzten Ausgabe brachten wir den ersten Teil seiner Reportage über das Textilkombinat Stalin in Tirana, in dem hauptsächlich Frauen beschäftigt sind. Der Genosse berichtete darüber, daß im Kombinat auch die überwiegende Zahl der Kader Frauen sind. Er schrieb darüber, wie die Versorgung der Kinder während der Arbeitszeit ihrer Mütter geregelt ist und welche Leistungen der Betrieb für schwangere oder stillende Frauen erbringt.



Reisereportage SVR ALBANIEN



Der Verfasser des Artikels (Mitte) mit Angehörigen des Textilkombinats „Stalin“.

des Kombinats bestreiten die Kollegen jedoch selbst. Immerhin gibt es nicht weniger als sieben Kabarettgruppen im Werk, ganz zu schweigen von den verschiedenen Tanz- und Gesangsensembles. Insgesamt sind sage und schreibe zweitausend Arbeiter und Arbeiterinnen des Kombinats in solchen Gruppen aktiv.

Einige dieser Laienkünstler erlebe ich in einem kleineren Raum des Clubs bei der Probe. Ein ständiges Kommen und Gehen herrscht hier. In großen Gruppen drängen sich junge Mädchen in ihrer Arbeitskleidung herein. Einige tragen auch die olivgrünen Uniformen der freiwilligen Streitkräfte mit dem roten Stern an der Mütze. Offenbar kommen sie gerade von einer militärischen Übung, wie sie auch hier im Betrieb regelmäßig durchgeführt werden.

Sobald die Probe beginnt, wird es mucksmäuschenstill im Raum. Nur noch der Einsatz wird leise besprochen. In den ersten Reihen sitzen einige ältere Arbeiter, Veteranen der Laienbewegung. Einer von ihnen erzählt mir hinterher, daß er schon mehr als 15 Jahre „dabei“ ist. Die Männer stehen auf, der Einsatz kommt und es erklingt der Chor: „Die Klasse spricht.“ Man merkt den kräftigen volltönenden Stimmen die Ausbildung und auch die lange Übung an. Dennoch ist nichts

für Albanien eine ganz normale Sache. Es gibt hier keine chinesische Mauer zwischen Berufs- und Laienkünstlern. Sie treten gemeinsam auf, lernen voneinander, und nicht selten trägt bei einem der vielen künstlerischen Wettbewerbe die Laiengruppe den Sieg davon. So geschehen auch im vergangenen Jahr, als bei den Maikonzerten in Tirana eine Gruppe aus dem Stalin-Kombinat gegen die starke „Konkurrenz“ von Profis eine Fahne gewann.

Natürlich kommt ein solcher Erfolg nicht von ungefähr. Er kann nur errungen werden, wenn die Laienkünstler die Möglichkeit haben, ihre Fähigkeiten systematisch zu entwickeln. Und diese Bedingungen sind gegeben. Nicht nur dadurch, daß im Klub den Arbeitern des Kombinats professionelle Kulturschaffende für die Ausbildung zur Verfügung stehen. Eine der jungen Sängerinnen berichtet mir, daß die Laienkünstler auch sonst jede Unterstützung vom Betrieb bekommen. Sie ist zum Beispiel gerade für die Probe von ihrer Maschine weggegangen. Die ausgefallene Arbeitszeit jedoch wird ihr voll ersetzt. Das Gleiche gilt auch für den Fall, daß eine der Gruppen auf Tournee durchs Land fährt, um in anderen Betrieben oder in Kulturpalästen zu spielen.

So sind alle Voraussetzun-



Eine Arbeiterin spricht auf einer Betriebsversammlung

binats. Wenn man ihn als Freizeitzentrum bezeichnet, dann gilt das nicht nur für die Arbeiterinnen des Betriebs. Seine Einrichtungen stehen auch den Menschen des Stadtteils offen, der vor den Toren des Werks liegt. Dieses Wohnviertel ist übrigens gleichzeitig mit dem Kombinat gebaut worden, ein großer Teil der Belegschaft lebt hier. Die Familien der Werksangehörigen, die Jugendlichen, die Pioniere, sie alle betrachten den Klub auch als ihr Zentrum, wo sie die verschiedensten Aktivitäten entwickeln können. So

Das bedeutet: die Frauen haben nicht nur die Gelegenheit, sich in der Bücherei die verschiedensten Werke auszu-leihen. Es werden im Klub auch Diskussionen über diese Bücher organisiert, zum Beispiel über Enver Hoxhas Werk „Imperialismus und Revolution“ und die darin angesprochenen Fragen. Und für solche Diskussionen stehen den Frauen vom Kombinat wie auch den anderen albanischen Werktätigen immer Fachleute zur Verfügung. Meine Kollegen von der Parteizeitung „Zëri i Popullit“ sind zum Beispiel oft im Land unterwegs, um mit Arbeitern und Bauern solche Gespräche zu führen. Das gilt natürlich nicht nur für politische Bücher und Fragen, nicht nur für die Werke des Genossen Enver und die Materialien der Partei der Arbeit. Im Klub des Kombinats finden sich auch Diskussionszirkel zu den verschiedensten anderen Themen zusammen: zu wissenschaftlichen und gesellschaftlichen Fragen, zu Fragen der Kunst und Literatur usw.

„Wenn die Frau zurückbleibt, kommt die Revolution zum Stehen.“ Diesen Satz Enver Hoxhas habe ich oft gehört in Albanien. Aus der Sicht eines Besuchs im Stalin-Kombinat könnte man meinen, eine solche Mahnung sei heute nicht mehr angebracht, beträfe eine schon längst vergangene Zeit. Tatsächlich haben sich die Frauen in Albanien unter den Bedingungen des Sozialismus eine Stellung erobert, die wahrhaftig einmalig ist in der Welt. Dennoch — das haben die Genossinnen aus dem Kombinat betont — ist der Kampf für die endgültige Befreiung der Frau noch lange nicht abgeschlossen. Wie sollte er auch. Ist es doch gerade erst eine Generation her, daß sich die Frauen an der Seite ihrer Männer aus dem Joch einer mittelalterlichen Gesellschaft befreit haben.

Noch wirken die rückschrittlichen Vorstellungen dieser Gesellschaft auch im neuen Albanien nach, in den ländlichen Gebieten mehr als in der Stadt. Und noch fällt es auch so manchem Mann, für den die Gleichberechtigung der Frau im Betrieb längst eine Selbstverständlichkeit ist, nicht leicht, ebensolche gleichberechtigten Beziehungen auch in Familie und Haushalt herzustellen. Aber eindeutig sind die alten Vorstellungen auf dem Rückmarsch. Die Jugend vor allem, im Sozialismus großgeworden und von der Partei erzogen, ist frei von ihnen.

„Das hätten sich unsere Eltern nicht träumen lassen.“

Bericht aus einem albanischen „Frauenbetrieb“ 2. Teil

Die Frauen im Stalin-Kombinat stellen Textilien her, Kleider, Hosen, Anzüge, Kinderkleidung. Nun wird ja in Albanien nicht für einen anonymen kapitalistischen Markt produziert, sondern unmittelbar für die Bedürfnisse der Menschen und der sozialistischen Wirtschaft. Aber woher kennt das Kombinat die Bedürfnisse der Verbraucher? Wie bringt es seine Erzeugnisse an den Mann, beziehungsweise an die Frau?

Die Genossin Eva, Direktorin des Werkes, sagt dazu: „Bei uns gibt es nicht das Problem, daß Produkte des Kombinats zu Ladenhütern werden, weil sie bei den Verbrauchern nicht ankommen. Warum? Das ist im Grunde ganz einfach. Wenn wir unsere Produktionspläne aufstellen, dann fertigen wir auch Kataloge mit den verschiedenen Artikeln an, deren Herstellung geplant wird. Und diese Kataloge werden dann im ganzen Land verbreitet. Wir vom Kombinat führen gezielte Beratungen mit Verkäuferinnen und auch mit Verbrauchern darüber durch.“

Noch wichtiger für uns ist jedoch die Tatsache, daß Massenorganisationen wie die Demokratische Front oder der Frauenverband breite Diskussionen über unsere Kataloge organisieren. So bekommen wir dann eine große Fülle von Meinungen zu unserer Produktion, Zustimmung, Kritik, Änderungsvorschläge. Aus alldem können wir uns ein genaues Bild über die Bedürfnisse der Verbraucher machen und unsere Arbeit entsprechend darauf einstellen. „Mit den Wünschen des Volkes organisieren wir unsere Produktion“, das ist die Losung, von der wir uns leiten lassen. Und die anderen Betriebsverfahren selbstverständlich genauso.“

Das Kombinat als Freizeit-zentrum

Das Stalin-Kombinat ist nicht nur eine große Produktionsstätte mit 5 600 Beschäftigten, es ist auch ein Freizeitzentrum mit allem, was dazu gehört. Diese überraschende Feststellung mache ich, als wir den Klub des Kombinats besuchen. Da gibt es etwa einen großen Kino- und Theatersaal, in dem zweimal täglich ein Film gezeigt wird, wenn nicht gerade eine Schauspieltruppe hier gastiert. Letzteres, so sagen die Genossen, ist ziemlich oft der Fall. Für albanische Verhältnisse ist es auch nichts Besonderes, wenn beispielsweise das Staatsensemble zum Gastspiel in die Fabrik kommt. Die meisten Auftritte auf der Bühne

von glatter Routine in ihrem Vortrag. Man muß nur in die bewegten Gesichter sehen, in denen eine tiefe Überzeugung und Anteilnahme steht. Obwohl ich den Text des Liedes nicht verstehe und auch der Dolmetscher den Vortrag nicht durch eine Übersetzung stören will, teilt sich mir der Inhalt des Chores doch unmittelbar mit: Hier spricht tatsächlich klar und ausdrucksvoll die Arbeiterklasse, die Herrin des Landes.

Nach den Veteranen tritt ein gemischter Chor nach vorn, dann folgen noch einige Einzelvorträge. Der Dolmetscher Ilir macht mich auf eine junge Arbeiterin aufmerksam. „Erinnerst du dich an das Lied im Radio, über das wir gestern gesprochen haben? Es war diese Genossin, die da gesungen hat. Sie hat übrigens auch in einem Film mitgespielt, der kürzlich angelaufen ist.“ Auch das ist

gen dafür geschaffen, daß die Frauen aus dem Stalin-Kombinat ihre künstlerischen Talente entdecken und entfalten können. Die junge Genossin versäumt es auch nicht, mich darauf hinzuweisen, daß auch diese Tatsache gerade für die Frauen ein besonderer Sieg ist. Denn in Albanien hat zwar die Laienspielbewegung eine lange und demokratische Tradition. Bis zur Gründung der Volksrepublik jedoch waren die Frauen weitgehend davon ausgeschlossen. Frauenrollen in Theaterstücken wurden zum Beispiel von Männern gespielt.

„Hier spricht Radio Stalin-Kombinat“

Nach den Proben erfahre ich noch einige bemerkenswerte Dinge über den Klub des Kom-

entsteht über diesen Klub eine enge und lebendige Verbindung zwischen Betrieb und Stadtteil.

Eine solche Verbindung wird aber auch noch auf eine andere ungewöhnliche Weise hergestellt. Das Kombinat betreibt nämlich auch einen eigenen kleinen Radiosender. Sein Programm ist im Wesentlichen auf die Ereignisse und Probleme des Werks zugeschnitten. Und so kann sich etwa der Mann der Arbeiterin Lule ständig per Radion über den Betrieb seiner Frau informieren. Er ist über die Anstrengungen, die zur Erfüllung der Pläne unternommen werden, im Bilde; er kennt die verschiedenen Initiativen, die von den Arbeiterinnen unternommen werden — etwa gerade jetzt zur Unterstützung der Erdbebenopfer —; er weiß, was im Klub läuft — und vielleicht kommt auch einmal eine Nachricht über Lules Brigade durchs Radio ins Haus.

Eine wichtige Einrichtung des Klubs ist die Bibliothek. 20 000 Bände aus der politischen, wissenschaftlichen und schöngestigten Literatur umfaßt sie, und jede vierte Arbeiterin ist regelmäßige Benutzerin dieses großen Bestandes. Gerade auf diesen Umstand sind die Genossinnen vom Kombinat besonders stolz. Eva Budina sagt mir: „Wir haben hier im Werk und überhaupt im Land große Erfolge bei der Befreiung der Frau errungen. Wir haben jedoch keinen Grund, die Hände in den Schoß zu legen. Um wirklich in allen Bereichen des Lebens ihre Rolle zu spielen, muß die Frau auch in der Lage sein, reife Meinungen zu äußern. Dazu muß sie sich ein breites Wissen aneignen. Und die Schulung ist ein ganz wichtiger Bestandteil unserer Arbeit hier.“



Bei der Probe im Klub des Stalin-Kombinats

Im nächsten „Roten Morgen“: Der Kampf um die Baumwolle. Besuch bei den Genossenschaftsbauern von Cakran.

Hektische diplomatische Tätigkeit im Nahen Osten

Israel bleibt Bollwerk der USA

PLO soll zum Nachgeben gezwungen werden

Eine Meldung jagt die andere: Brandt und Kreisky sprechen mit Yassir Arafat, Bundestagsabgeordneter Möllemann spricht mit Arafat, US-Botschafter Young spricht mit PLO-Botschafter Terzi, Young muß gehen. Seit mehreren Wochen herrscht intensive diplomatische Tätigkeit westlicher Staaten in Richtung PLO. Die Regierung Israels beklagt sich, man würde — und damit sind die USA gemeint — sie alleine lassen. Der ägyptische Präsident Sadat lobt die US-Regierung, sie werde endlich vernünftig. Viele fragen sich heute, ob die westlichen Länder plötzlich eine andere Politik im Nahen Osten einschlagen, oder ob die PLO, die Organisation der Palästinenser ihren Kurs geändert hat.

Erinnern wir uns daran zurück, um was es beim Konflikt im Nahen Osten eigentlich geht.

In drei Kriegen zwischen arabischen Staaten und Israel (1948, 1956, 1967) haben die USA die Israelis bedingungslos unterstützt. Milliardenwerte an neuesten Waffen wurden jeweils vor einem Krieg an die israelische Armee geliefert, ihre damit errungenen militärischen Siege in den westlichen Massenmedien mit einem Jubelchor ohnegleichen begrüßt. Auch die Imperialisten Englands vor allem und anderer westeuropäischer Länder haben Israel massiv unterstützt. In allen diesen Jahren war Israel für die westlichen Staaten der Brückenkopf ihrer Macht und ihres Einflusses auf Arabien und in den Mittleren Osten hinein.

Israel, das war für die amerikanischen Milliarden das Bollwerk schlechthin gegen die Revolution in den arabischen Staaten.

Deshalb wurde dieser Staat mit allen Mitteln unterstützt. Deshalb wurde der Staat Israel zu einer Diktatur brutalster Art über die Palästinenser und Araber, die sich immer mehr ausdehnte. Gemeinsam mit dem

Iran des Schah, von dem Israel sein ganzes Öl bezog, sollte Israel die Zange darstellen, in der der Widerstand der Völker Arabiens gebrochen werden sollte. An diesem Ziel der USA-Imperialisten, die Revolution im Nahen und Mittleren Osten mit Hilfe Israels zu verhindern, hat sich nichts geändert. Gerade heute, wo sie mit dem Sabel rasseln und den „Krieg ums Öl“ an die Wand malen, brauchen sie dieses Bollwerk sehr dringend.

Was sich geändert hat, sind eine ganze Reihe von Umständen, die ein anderes Vorgehen verlangen und auch ermöglichen. Das Aktuellste, was sich geändert hat, ist ohne Zweifel der Sturz des Schahregimes und seine Ersetzung durch ein Regime, das für die USA-Imperialisten gegenwärtig unkalkulierbar und unsicher ist.

Was sich weiter geändert hat und noch ändert, ist die innere Situation in Israel selbst. War es dort den herrschenden Zionisten über Jahrzehnte gelungen, die jüdische Bevölkerung hinter sich zu scharen mit ihrer Propaganda, alle Juden säßen in einem Boot und würden von den Arabern vernichtet werden, so hat sich dies, besonders in diesem Jahr, zunehmend geändert. Eine noch nie gesehene Welle von Streiks und Demonstrationen der Werktätigen überflutet das Land, die sich gegen das Ausplünderungsprogramm der Regierung richten (so beträgt die Inflation in diesem Jahr 63 Prozent), mit dem die allseitige Aufrüstung bezahlt werden soll.

Weiter mußten die US-Imperialisten erkennen, daß der Kampf der Palästinenser nicht so niedergeschlagen werden kann, wie sie es sich 1967 vorgestellt hatten. Unter der Führung der PLO haben die Palästinenser diesen Kampf immer fortgesetzt, trotz wildesten Terrors.

Und es haben sich auch die Verhältnisse in den arabischen Staaten geändert.

Zum einen Ägypten. Das Regime Sadats ist ganz offen

zum Handlanger Washingtons geworden. Seit im Jahr 1972, zum ersten Mal nach zehn Jahren, wieder ein hoher US-Politiker mit den ägyptischen Behörden verhandelte — bezeichnenderweise war es der damalige Bundesstaatsgouverneur Rockefeller, und das Thema war Öl — ist das amerikanische Kapital wieder tief nach Ägypten eingedrungen, wurden die Konkurrenten aus der Sowjetunion verdrängt. Exxon und Mobil Oil prospektieren die ägyptischen Ölfelder, die Chase Manhattan Bank eröffnet eine Filiale in Kairo, die Regierung der USA verkauft Waffen an die Armee Sadats.

So schufen die US-Imperialisten vor dem vierten Nahostkrieg von 1973 auch das Patt, das sie brauchten, um offener und vielseitiger taktieren zu können, Sadat als „Sieger“ ins Spiel zu bringen.

Zum zweiten Saudi-Arabien. Kissinger, der Stardiplomat der USA, befolgte einen Brief der Herren der Ölmultis, in dem verlangt worden war, man solle gemeinsam mit Saudi-Arabien die Situation im arabischen Lager „normalisieren“. Deshalb spendete König Feisal 1973 der ägyptischen Armee Milliarden Dollar. Seitdem ist das Dreieck USA-Ägypten-Saudi-Arabien innerhalb der arabischen Welt mehr und mehr zu einem gemeinsamen Faktor geworden, haben die Saudkönige ihr Ansehen in den Reihen der Araber wieder erhöht und versuchen so auch ihren Einfluß auf die PLO, die sie finanziell unterstützen, stärker auszuspielen.

Aus diesen Gründen schlagen die US-Imperialisten heute immer mehr die Taktik ein, gemeinsam mit den Regierungen Israels und Ägyptens und den Feudalherrschern Arabiens gegen die arabischen Völker zu intrigieren; die Spaltung der arabischen Welt zu vertiefen.

So hoffen die USA auch die PLO, die mit ihrem Kampf für das Heimat- und Lebensrecht der Palästinenser diese Pläne

stört, allmählich mit Hilfe arabischer Verbündeter, zu beeinflussen.

Dies alles rüttelt nicht daran, daß sie den Staat Israel unbedingt in der jetzigen Form erhalten wollen, und es ändert auch nichts daran, daß sie den Kampf der Palästinenser ersticken wollen, mit amerikanischen Waffen, die von der israelischen Armee jede Woche bei Überfällen auf den Libanon eingesetzt werden.

Aber diese Entwicklung hat auch die westeuropäischen imperialistischen Staaten dazu gebracht, den Kontakt zur PLO zu suchen, nicht nur auf ein Pferd zu setzen. Dies wurde noch verstärkt durch die drohenden Worte der Saudkönige, sie würden niemandem mehr Öl liefern, der Israel unterstützt. Solche Drohungen blieben zwar bisher immer auf dem Papier, aber heute, wo sich der Kampf ums Öl zugespitzt hat, ist die Lage etwas unsicher für die westeuropäischen Imperialisten geworden, Frankreich, das von jeher offiziell gegen Israel Stellung nahm, hat hier einen Vorsprung.

Diese Veränderungen sind der wirkliche Grund für die hektische diplomatische Tätigkeit der letzten Wochen und nicht etwa die Tatsache, daß die Regierungen der USA oder Westeuropas plötzlich Menschenfreunde geworden wären und ihr Herz für die berechtigten Anliegen der Palästinenser entdeckt hätten. Young war dabei zu weit gegangen, deshalb mußte er gehen. Im Interesse des palästinensischen Volkes ist es, daß die PLO, trotz der verschiedenen massiven Versuche, auf sie Einfluß zu nehmen, nicht von dem berechtigten Kampf abgeht.

Streiks in Israel

Tel Aviv. Aus Protest gegen die massiven Preissteigerungen haben hunderttausende von israelischen Werktätigen vor einer Woche die Arbeit für zwei Stunden niedergelegt. Dadurch war fast der gesamte öffentliche Dienst lahmgelegt. Die Mechaniker des internationalen Flughafens „Ben Gurion“ streikten einen ganzen Tag lang. Gegenwärtig beträgt die Inflationsrate über 60 Prozent und strebt schnell auf die 100 Prozent-Marke zu.

Moskauer Militärs konferieren mit faschistischer Militärjunta

Buenos Aires. Auf Einladung der argentinischen Militärjunta sind in dieser Woche hohe Offiziere der Sowjetunion nach Buenos Aires abgereist. Im nächsten Jahr wollen argentinische Militärs einen Gegenbesuch in Moskau machen. Allem Gerede von internationaler Solidarität zum Trotz arbeiten die Moskauer Herren mit faschistischen Generalen zusammen, die eine blutige Diktatur über das argentinische Volk errichtet haben.

Polizeiterror gegen Textilarbeiterinnen

Söul. Mehrere hundert Polizisten stürmten vorletztes Wochenende das Hauptquartier einer bürgerlichen Oppositionspartei in der südkoreanischen Hauptstadt Söul. Sie nahmen 172 Textilarbeiterinnen fest, die gegen ihre Entlassung protestiert hatten. Bei dem Überfall kam eine 21-jährige Frau ums Leben. 26 Mitglieder der Oppositionspartei wurden festgenommen.



Khomeiny beschleunigt Kurs der Gleichschaltung

Massendemonstration in Teheran

Mehrere Male ist es in der vergangenen Woche in Teheran zu blutigen Auseinandersetzungen gekommen. Der unmittelbare Anlaß dafür waren verschiedene Massendemonstrationen gegen die Knebelung der Presse durch das Khomeiny-Regime.

Reaktionäre Elemente hatten die Demonstranten mit Messern, Ketten und Knütteln angegriffen. Die Bilanz dieser Überfälle waren mehrere hundert Verletzte. Bewaffnete Khomeiny-Anhänger griffen auch Einrichtungen linksgerichteter Organisationen in der Hauptstadt an und verwüsteten sie. Damit setzte das Regime seinen Versuch fort, jede revolutionäre und fortschrittliche Opposition gegen seinen Kurs zum Schweigen zu bringen.

Unmittelbar vor den Auseinandersetzungen in Teheran waren unter massivem Druck durch das Regime Wahlen für eine sogenannte verfassungsprüfende Versammlung durchgeführt worden. Das Ergebnis dieser Wahlen, an denen teilzunehmen sich sogar verschiedene bürgerliche Organisationen geweigert hatten: In der Versammlung sitzen jetzt mehr als 75 Prozent Geistliche aus der Anhängerschaft Khomeinys. So kann man jetzt schon davon ausgehen, daß die künftige Verfassung des Landes nicht den Wünschen und Forderungen der werktätigen Massen entsprechen, sondern eine Bestätigung von Khomeinys „islamischer Republik“ sein wird.

Gleich nach den Wahlen ließ das Regime zum Schlag gegen die Presse ausholen. Mehrere Zeitungsredaktionen wurden besetzt, Redakteure verhaftet und verschleppt. Um die Massen zu täuschen, behauptete das Regime, die betreffenden Zeitungen wären von

Agenten des CIA, Israels und ehemaligen SAVAK-Leuten geleitet. Tatsächlich jedoch waren mehrere dieser Zeitungen während der revolutionären Kämpfe im Februar von linksgerichteten Komitees besetzt worden, die sich der Einrichtungen dieser früheren Schah-Zeitungen bedienten, um Propaganda in ihrem Sinne zu machen.

Zudem ließ das Khomeiny-Regime am vorletzten Wochenende ein neues Pressegesetz verabschieden, nach dem die „Beleidigung“ von religiösen Führern mit Haft bis zu zwei Jahren bestraft wird. Das bedeutet faktisch das Verbot jeder revolutionären, gegen Khomeiny und sein Regime gerichteten Propaganda. Bezeichnenderweise hat der Ayatollah gleichzeitig mit der Verkündung dieses reaktionären Pressegesetzes auch Streiks und Betriebsbesetzungen als „Verbrechen“ und „antiislamisch“ verleumdete.

Die neuen Maßnahmen des Regimes zum weiteren Gleichschaltung und die Drohungen Khomeinys gegen die kämpfende Arbeiterklasse stellen eine ernste Gefahr für die Errungenschaften des heldenhaften revolutionären Kampfes dar, den die Völker des Iran unter schweren Blutopfern gegen das alte Schahregime geführt haben. Wie aber die verschiedenen Streiks und Massendemonstrationen der letzten Zeit gezeigt haben, nehmen die iranischen Werktätigen diese Angriffe nicht kampflos hin.

Westsahara-Konflikt

Marokko macht mobil

In der Hauptstadt der Westsahara, Dakhla, weht die marokkanische Nationalfahne. König Hassan II. hat das gesamte Gebiet der ehemals spanischen Kolonie zur 37. Provinz seines Landes erklärt.

Die ehemalige Kolonialmacht Spanien hatte die Westsahara 1976 zu gleichen Teilen an Marokko und Mauretanien abgetreten. Für die patriotischen Kräfte des Landes begann ein Zweifrontenkrieg, gegen die mauretanischen und die marokkanischen Besatzer. Besonders der mauretanischen Armee wurden von den bewaffneten Patrioten empfindliche Verluste zugefügt. Außerdem ist die innenpolitische Situation Mauretaniens, das 1960 als künstliches Staatsgebilde durch Frankreichs Gnaden entstand, recht instabil. Im Juli 1978 und im April 1979 gab es unblutige Militärputsche.

Marokko, das Anspruch auf ganz Westafrika erhebt, hat die mauretanische Staatsgrün-

dung mit größtem Argwohn verfolgt und Mauretanien erst 1969 diplomatisch anerkannt. Solange Mauretanien insbesondere im Westsahara-Konflikt am gleichen Strick wie Marokko zog, waren die Beziehungen gut und man konnte sich arrangieren. Nun hat das bedrängte Mauretanien sich die Nordfront, den Kampf gegen die bewaffneten Patrioten der Westsahara, vom Hals geschafft, indem es einen Friedensvertrag mit der POLISARIO, die für die Unabhängigkeit der Westsahara eintritt, abschloß.

Im Gegenzug erklärte Hassan II. die gesamte Westsahara zur marokkanischen Provinz und kündigte an, 6000 zur Zeit in Mauretanien stationierte

Soldaten in den ehemals mauretanischen Teil der Westsahara einmarschieren zu lassen. Außerdem drohte Außenminister Boucetta mit der „totalen Mobilmachung“, um die marokkanische Gebietshoheit in dieser Region, die er als „historische Wahrheit“ bezeichnete, unter allen Umständen zu verteidigen.

Im Hintergrund ziehen die Imperialisten, vor allem die amerikanischen, ihre Fäden. Die USA liefern Waffen nach Marokko und der Leiter des Kongreßausschusses, der Kongreßabgeordnete Stephen Solarz hat die von Marokko besetzte Westsahara besucht und damit demonstriert, daß der USA-Imperialismus die marokkanischen Gebietsansprüche, den Kampf gegen die Unabhängigkeitsbewegung, billigt und unterstützt. Die Imperialisten machen sich den chauvinistischen und aggressiven Kurs König Hassans zunutze und schüren ihn, um den Einfluß auf die an Bodenschätzen (vor allem Phosphate) reiche Westsahara nicht zu verlieren.

HÖRT RADIO TIRANA

UHRZEIT	WELLENLÄNGE	
1. Programm		
13.00-13.30	9350 kHz	32,08 m KW
	7300 kHz	41,10 m KW
14.30-15.00	9350 kHz	32,08 m KW
	7300 kHz	41,10 m KW
16.00-16.30	9350 kHz	32,08 m KW
	7300 kHz	41,10 m KW
18.00-18.30	9350 kHz	32,08 m KW
	7300 kHz	41,10 m KW
19.00-19.30	7300 kHz	41,10 m KW
	5945 kHz	50,46 m KW
19.00-19.30	1394 kHz	215 m MW
2. Programm		
21.30-22.00	7300 kHz	41,10 m KW
	5945 kHz	50,46 m KW
	1457 kHz	215 m MW
23.00-23.30	7300 kHz	41,10 m KW
	5945 kHz	50,46 m KW
	1457 kHz	206 m MW
06.00-06.30	7300 kHz	41,10 m KW
	5945 kHz	50,46 m KW
	1394 kHz	215 m MW





Am 23. August 1939 unterzeichnete in Moskau der sowjetische Außenminister Molotow den deutsch-sowjetischen Nichtangriffsvertrag. Zweiter von rechts: Josef Stalin.

23. August 1939: Deutsch-sowjetischer Nichtangriffsvertrag

„Unter den Anstalten zum Selbstmord, die Hitler getroffen hat, die bedeutendste...“

„Stalin hat mit Hitler gemeinsame Sache gemacht.“ — „Die Sowjetunion hat 1939 imperialistische Ziele verfolgt.“ — „Der ‚Hitler-Stalin-Pakt‘ hat den zweiten Weltkrieg ausgelöst.“ — Mit solcherlei Behauptungen werden gegenwärtig — anlässlich des 40. Jahrestags der Unterzeichnung des deutsch-sowjetischen Nichtangriffsvertrags — Zeitungsleser, Radiohörer und Fernsehzuschauer überschüttet. Die bürgerlichen Geschichtsdarsteller bedienen sich dabei einer alten Methode: Sie spekulieren mit der Unwissenheit vieler Menschen über die jüngste geschichtliche Vergangenheit.

Die historische Situation, in der der deutsch-sowjetische Nichtangriffsvertrag geschlossen wurde, war von einer zunehmenden Bedrohung des Weltfriedens durch die faschistischen Aggressoren Deutschland, Italien und Japan gekennzeichnet. Ein paar Daten mögen dies verdeutlichen: 1931 — Überfall Japans auf die Mandschurei; 1935 — Überfall Italiens auf Abessinien; 1936 — Intervention Deutschlands und Italiens im Spanischen Bürgerkrieg; 1937 — Japan besetzt Peking, Tientsin und Schanghai; 1938 — Deutschland annektiert Österreich und die Sudeten; März 1939 — Deutschland annektiert die Rest-Tschechoslowakei.

„Beschwichtigung“ oder „kollektive Sicherheit“?

Angesichts der faschistischen Bedrohung gab es in der Welt zwei hauptsächliche politische Richtungen: die der „Beschwichtigung“ — der Anpassung und des Nachgebens gegenüber den faschistischen Mächten — und die der Bemühung um „kollektive Sicherheit“. Die erste wurde von den imperialistischen Westmächten England, Frankreich, USA vertreten; die zweite von der sozialistischen UdSSR.

Die „Beschwichtigungs“-Politiker ermunterten Hitler durch immer neue Zugeständnisse zu immer neuen Aggressionshandlungen und Kriegsplanen; sie suchten Hitler nach Osten zu lenken und ihn in einen Krieg mit der Sowjet-

union zu verwickeln.

Im Gegensatz dazu bemühte sich die Sowjetunion, ein Bündnis mit den westlichen nichtaggressiven imperialistischen Staaten zu schließen. Mittels eines Systems von Bündnisverträgen, Militärabkommen und Garantien für die bedrohten Länder sollte dem faschistischen Vordringen ein wirksamer Riegel vorgeschoben, der Weltfrieden gerettet werden. Das System der kollektiven Sicherheit stellte die einzige Möglichkeit dar, die faschistische Aggression zu stoppen.

Die Westmächte hintertrieben, störten und zerschlugen die sowjetischen Bemühungen um kollektive Sicherheit. Im Frühjahr 1939 hatten die „Beschwichtigungs“-Politiker die Sowjetunion vollständig isoliert. Mit dem Münchner Abkommen hatten sie Hitler praktisch die Tschechoslowakei ausgeliefert, Hitler hatte die Tschechoslowakei in zwei Etappen besetzt und schickte sich nun an, Polen zu erobern. Das Tor nach Osten stand offen, ein Zusammenprall mit der Sowjetunion schien unausweichlich. Die Rechnung der Herren in Paris, London und Washington schien aufzugehen.

Die Suche nach dem Ausweg

In dieser Situation bemühte sich die Sowjetunion nochmals um Verhandlungen mit den Westmächten. Diese lehnten zunächst ab, mußten dann jedoch, unter dem Druck der öffentlichen Meinung in ihren Ländern, einwilligen. Sie führten die Verhandlungen jedoch

nur zum Schein. Der britische Außenminister Halifax bekannte schon am 28. März 1939 gegenüber der US-Regierung, „daß man nicht die Absicht hege, ein grundsätzliches Abkommen mit der Sowjetunion herbeizuführen“. In einer geheimen Denkschrift schrieb er am 22. Mai 1939, ein Abkommen mit der Sowjetunion wäre deshalb wünschenswert, weil „es wesentlich wäre, wenn schon ein Krieg sein müßte, die Sowjetunion in ihn zu verwickeln.“

Entsprechend dieser Linie suchten die Westmächte in den Verhandlungen der Sowjetunion Bedingungen aufzu-zwingen, durch die die UdSSR bei der Abwehr einer eventuellen Hitleraggression die ganze Last der Opfer auf sich nehmen sollte. So sollte die Sowjetunion im Falle eines Angriffs auf England oder Frankreich oder mit ihnen verbündeten Ländern Hilfe leisten; entsprechende Garantien für den Fall eines Angriffs auf die UdSSR aber waren umgekehrt England und Frankreich nicht bereit zu geben. Es ist klar, daß die Sowjetunion auf diese Bedingungen nicht eingehen konnte.

Die Westmächte suchten überdies die Verhandlungen aufzuhalten, zu verwirren, ad absurdum zu führen. So hatte der britische Unterhändler in Moskau keine Vollmachten, einen Vertrag abzuschließen. So verweigerten die Westmächte zunächst militärische Verhandlungen, ohne die ein politisches Abkommen sinnlos gewesen wäre. Wiederum erst auf Druck der öffentlichen Meinung reiste eine Militärkommission nach Moskau; sie reiste jedoch — obwohl sich die internationale Situation rasend verschärfte —

mit dem langsamsten der verfügbaren Reisemittel: mit dem Schiff.

Das ganze Ausmaß des Verrats wurde allerdings erst nach 1945 sichtbar, als die Archive der Hitlerregierung den Sowjettruppen in die Hände fielen. Die Dokumente zeigten, daß die britische Regierung 1939, während sie ein Übereinkommen mit der Sowjetunion sabotierte, gleichzeitig Geheimverhandlungen mit der Hitlerregierung führte. Dabei erklärte sie sich sogar bereit, ihre Garantien für Polen fallenzulassen — Polen also Hitler auszuliefern —, falls es zu einer deutsch-britischen Einigung käme. Zu einer Einigung kam es aufgrund der tiefen Widersprüche zwischen den imperialistischen Staaten jedoch nicht.

Der Pakt

Hitler machte der Sowjetunion bereits am 20. Mai, am 26. Juli und am 2. August 1939 Angebote über ein deutsch-sowjetisches Abkommen. Die Sowjetunion lehnte ab. Sie suchte bis zuletzt, ein Bündnis mit den Westmächten zustandezubringen; die Aussichten dafür verringerten sich aber immer mehr. Zudem kämpften seit August 1939 im Osten Truppen der Sowjetunion und der Mongolischen Volksrepublik gegen einen japanischen Einfall. Im Westen mußte jeden Tag mit dem Angriff Hitlers auf Polen — und damit mit einer zweiten Front für die Sowjetunion — gerechnet werden. In dieser Situation erklärte sich die Sowjetregierung zum Abschluß eines Nichtangriffsvertrags mit Deutschland bereit. Sie tat dies übrigens als letzte der europäischen Großmächte. Bereits im September und Dezember 1938 hatten England und Frankreich mit Deutschland Deklarationen unterzeichnet, die Nichtangriffsverträge gleichkamen.

Der deutsch-sowjetische Nichtangriffsvertrag — er wurde am 23. August 1939 in Moskau von den Außenministern Ribbentrop und Molotow unterzeichnet —, beinhaltete die Verpflichtung, einander zehn Jahre lang nicht anzugreifen, sich in einem Konflikt mit einem Dritten neutral zu verhalten und sich nicht an Machtgruppierungen gegen den anderen zu beteiligen. Der Vertrag war kein Bündnis im Sinne des Zusammengehens zweier Mächte, er war eine gegenseitige Neutralitätserklärung. Mit diesem Vertrag durchbrach die Sowjetunion die ihr von den Westmächten aufgezwungene Einkreisung und bewahrte sich zunächst vor einem Zweifrontenkrieg. Unter dem Eindruck des Vertrages stellten die

Japaner im Osten ihre Aggression ein. Die Sowjetunion gewann Zeit, den sozialistischen Aufbau weiter voranzutreiben und ihre Verteidigung zu stärken. Über die Vertragstreue Hitlers machte sich die Sowjetführung keine Illusionen.

Teilung Polens?

In einem geheimen Zusatzabkommen zu dem Vertrag legten Deutschland und die Sowjetunion „für den Fall einer territorial-politischen Umgestaltung“ im Baltikum, in Polen und in Südosteuropa ihre „Interessen“ fest. Das Zusatzabkommen erfüllte eine wichtige Funktion im antifaschistischen Kampf der Sowjetregierung. Es erlaubte Stalin, einen Teil Osteuropas zunächst dem faschistischen Zugriff zu entziehen und die sowjetische Verteidigungslinie mehrere hundert Kilometer nach Westen zu verlegen. Im Gegenzug zum Einfall der Nazis in Polen — die polnische Regierung und Armee wurde von ihnen in wenigen Tagen zerschlagen — rückte die sowjetische Armee am 17. September 1939 bis zur sogenannten Curzon-Linie vor.

Von verschiedenen bürgerlichen Theoretikern wird auch heute noch behauptet, die Stalinische Sowjetunion hätte 1939 eine imperialistische Politik verfolgt, indem sie Polen geteilt und seine östliche Hälfte sich einverleibt hätte. — Dazu ist dreierlei zu bemerken. Erstens war es die polnische Regierung selbst, die aufgrund ihrer antikommunistischen Haltung, ihres halbfaschistischen Charakters jede Unterstützung durch die Sowjetunion kategorisch ablehnte und damit ihr Land den deutschen Faschisten praktisch schutzlos auslieferte. Zweitens handelte es sich bei den Gebieten, in die die Rote Armee einmarschierte, um Gebiete, die 1920 dem mit der weißen Intervention ringenden Sowjetstaat von der polnischen Bourgeoisie entrissen worden waren; es waren Gebiete mit überwiegend ukrainischer bzw. belorussischer Bevölkerung. Drittens war es die Sowjetunion, die nach der Befreiung vom Faschismus die staatliche Existenz Polens ermöglichte und garantierte. Hätte Stalin es wirklich darauf angelegt, Polen zu vernichten, so wäre ihm dies 1945 ein Leichtes gewesen.

Grundlage für den Sieg

In bürgerlichen Darstellungen wurden und werden das Unverständnis, die Zweifel und die Ablehnung, die der Vertrag bei manchen (wirklichen und

scheinbaren) Antifaschisten — vor allem Linksinrektuellen — hervorrief, in den Vordergrund gestellt. Tatsache ist aber, daß die Mehrzahl der Antifaschisten und Kommunisten das Abkommen verstanden und begrüßten. So begrüßte das Zentralkomitee der KPD am 25. August 1939 den deutsch-sowjetischen Nichtangriffsvertrag als eine „erfolgreiche Friedens-tat von Seiten der Sowjetunion“. Am 21. September, vier Tage nach dem Einmarsch der Roten Armee in Polen, schrieb Heinrich Mann: „In Polen ist sein Paktgefährte für Hitler eine Unbequemlichkeit geworden anstatt eine Erleichterung. Auf seinem Wege stehen Sowjetdivisionen. Die polnischen wären ihm lieber. (...) Indessen haben Sowjetdivisionen die deutschen überholt im Wettlauf nach der ungarischen Grenze. Nicht Hitler — die Sowjets halten die Gegend, wo die drei Grenzen, Ungarns, Polens, Rumäniens, sich treffen. Der Einmarsch des berühmten Eroberers in ein Land, wo Petroleum fließt, stößt auf unvorhergesehene Hindernisse. Wenn dies nicht die Absicht des Paktes war, sein Ergebnis ist es jedenfalls.“ — Selbst Politiker aus dem großbürgerlichen Lager kamen — wenn sie ehrlich waren — nicht umhin, die Bedeutung des Paktes zu würdigen. So erklärte Winston Churchill, der ein Gegner der „Beschwichtigungs“-Politik war, am 1. Oktober 1939 in einer Rundfunkrede: „Es ist klar, daß die russische Armee diese Linie beziehen mußte, um Rußland vor der nazistischen Bedrohung zu schützen. (...) So wurde eine Ostfront geschaffen, die Deutschland nicht anzugreifen wagte. Als Herr von Ribbentrop vorige Woche der Einladung nach Moskau Folge leistete, wurde ihm kategorisch erklärt, daß die Nazis ihre Absichten auf die baltischen Staaten aufgeben mußten.“

Der Verlauf des zweiten Weltkriegs hat den Abschluß des Nichtangriffsvertrags mit den Nazifaschisten vollauf gerechtfertigt. Der Vertrag stellte nicht nur den einzigen Ausweg dar, den der bedrohte sozialistische Staat im Jahre 1939 einschlagen mußte. Er legte gleichzeitig die wesentliche Grundlage für die spätere antifaschistische Offensive, für das Zustandekommen der Anti-Hitler-Koalition, für die Zerschlagung des japanischen, italienischen und vor allem des deutschen Faschismus. Oder mit den Worten von Heinrich Mann ausgedrückt: „Er [der Pakt] ist unter den Anstalten zum Selbstmord, die der Führer getroffen hat, die bedeutendste, auf weite Sicht konnte sie unmöglich fehlschlagen.“



In diesem Jahr jährt sich zum einhundertsten Mal der Geburtstag Josef Stalins. Stalin war mehr als ein halbes Jahrhundert lang ein großer kommunistischer Führer, ein Kämpfer an der vordersten Front der Partei der Bolschewiki und der internationalen kommunistischen Bewegung, war Lehrer, Führer und Inspirator des Kampfes des revolutionären Proletariats der ganzen Welt. Anlässlich des einhundertsten Geburtstages haben zahlreiche marxistisch-leninistische Organisationen und Parteien — darunter die KPD/ML — das Jahr 1979 zum Stalin-Jahr erklärt. Sie nehmen das Jahr zum Anlaß, um Stalin und sein Werk verstärkt zu würdigen und gegen die verschiedenen bürgerlichen und revisionistischen Angriffe zu verteidigen (Text der Erklärung: „Roter Morgen“ Nr. 31/79). Der „Rote Morgen“ befaßt sich in einer Reihe von Artikeln mit Stalin und seiner Politik.

Im Geiste Ernst Thälmanns



Ernst Thälmann

Vor 35 Jahren, am 18. August 1944, wurde Ernst Thälmann, der Vorsitzende der KPD und unvergessene Führer der deutschen Arbeiterklasse, von einem Kommando der SS im KZ Buchenwald ermordet. Sein ganzes Leben war dem Kampf für die Befreiung seiner Klasse und seines Volkes gewidmet, dem revolutionären Kampf für die Errichtung der Diktatur des Proletariats in Deutschland.

Als wenige Monate nach dem heimtückischen Mord das faschistische Blutregime der

deutschen Monopolbourgeoisie unter den Schlägen der von der Stalinschen Sowjetunion geführten antifaschistischen Front zusammenbrach, gingen die deutschen Kommunisten daran, das Erbe Ernst Thälmanns zu verwirklichen. Die Hoffnungen unseres Volkes richteten sich auf die DDR, den ersten Arbeiter- und Bauernstaat auf deutschem Boden. Das im folgenden wiedergegebene Gedicht des kommunistischen Dichters Erich Weinert gibt diesen Hoffnungen Ausdruck.

Aber in der DDR rissen die Verräter um Ulbricht und Honecker die Macht an sich, sie stürzten die Herrschaft der Arbeiterklasse und vertieften die Spaltung der deutschen Nation. Heute ist es allein unsere Partei, die KPD/ML, die in West und Ost das Thälmannsche Banner der proletarischen Revolution hochhält, die in seinem Geiste kämpft: „Für ein Deutschland, gesäubert von Parasiten, für ein Deutschland in Frieden, einig und frei!“

In seinem Geist

Dem Gedenken Ernst Thälmanns

Die Henker haben ihn uns entrissen,
Doch entrissen sie ihn unsren Herzen nicht.
Lebendig steht es vor unsrem Gewissen,
Lebendig wie sein treues Gesicht.

Er wußte: Deutschland geht nicht verloren,
Wenn die Arbeiterklasse zusammensteht.
Er hat sie mit warnender Stimme beschworen,
Die Einheit zu schaffen, bevor es zu spät.

Es wurde zu spät. Als der Reichstag brannte,
Standen die Arbeiter jener Partei,
Die das Wort vom Klassenkampf nicht mehr kannte,
Fassungslos und entwandten dabei.

Wie oftmals rief er: Freiheit und Frieden,
Genossen, sie liegen in unserer Hand!
Jetzt heißt es: die Front der Arbeiter schmieden!
Doch wurde sein Mahnruf verhöhnt und verkauft.

Er lebt nicht mehr. Doch es lebt der Gedanke,
Für den er gekämpft mit der ganzen Kraft:
Die Klassenfront, die im Sturm nicht wankte,
Die große Partei der Arbeiterschaft!

Sein Ziel war, den Stolz der Klasse zu wecken,
Ihr Bewußtsein und ihre Zuversicht,
Sie zu härten gegen Enttäuschung und Schrecken,
Sie zu lehren, daß Lernen die vornehmste Pflicht.

Er paktierte nicht mit den Weisheitspähtern,
Die Lenins Lehre verfälscht und verdreht,
Auch nicht mit den linken Spiegelfechtern,
Mit denen der Feind sich so gut versteht.

Das war sein Traum: seine Klasse geschlossen
Zur einigen Sozialistenpartei,
In der für Zersetzer, verkalkte Genossen
Und Opportunisten kein Platz mehr sei.

Er fiel im Kampf. Doch sein Traum blieb lebendig.
Und aus dem Traum wurde Wirklichkeit:
Die Partei der Schaffenden, einig, beständig,
Heut lebt sie und baut die neue Zeit.

Und erheben wir heut uns zu seinem Gedächtnis,
So grüßt ihn das Volk, so grüßt ihn das Land:
Die einige Arbeiterfront, dein Vermächtnis,
Die große Partei ist in guter Hand!

Fest schreitet, so wild ihre Feinde auch wüten,
In deinem Geist zum Sieg die Partei,
Für ein Deutschland, gesäubert von Parasiten,
Für ein Deutschland in Frieden, einig und frei!

Ernst Thälmanns Mörder lebt unter uns

Als am 18. August 1944 kurz nach Mitternacht die SS-Henker den Genossen Ernst Thälmann vor ein Erschießungskommando führten, waren sie nicht unbeobachtet. Hinter einem Schlackehügel verborgen, sah der Häftling Marian Szkod, wie ein großer breitschultriger Mann von mehreren SS-Führern in das Krematorium des KZ Buchenwald geführt wurde.

Unmittelbar darauf hörte er hintereinander drei Schüsse. Und etwa 20 Minuten waren vergangen, da traten zwei der SS-Offiziere aus dem Krematorium heraus. Marian Szkod konnte deutlich verstehen, was sie sagten. Der SS-Rapportführer Hofschulte fragte: „Weißt du, wer das war?“ Und der SS-Stabschef Wolfgang Otto antwortete: „Da war der Kommunistenführer Thälmann.“

Die Beobachtungen des Häftlings Szkod sind nach dem Krieg in allen Einzelheiten von dem ehemaligen SS-Mann Fricke bestätigt worden. Ihm gegenüber hatte Otto in einem Internierungslager die Beteiligung an der Ermordung Ernst Thälmanns eingestanden. Aber

dennoch ist diesem Mann ebenso wie seinen Mittätern von der



Ex-Stabschef Wolfgang Otto, der Mörder Ernst Thälmanns

westdeutschen Justiz kein Härchen gekrümmt worden. Otto lebt noch heute unter uns, im niederrheinischen Geldern, Am Harttor 23.

Und es geht ihm nicht schlecht, dem ehemaligen Stabschef. Nach der Zerschlagung der faschistischen Diktatur fand der Bonner Staat für ihn Verwendung als Lehrer an der Katholischen Volksschule von Geldern. Hier konnte der SS-Offizier die Jugend im alten Geist des deutschen Imperialismus erziehen. Erst 1962, als die erste Anzeige gegen ihn gestellt wurde, zog man Otto aus dem Verkehr. Aber er wurde nicht etwa vor ein Gericht gestellt. Nein, er konnte von Stund an in seinem Einfamilienhaus die gutdotierte Lehrerpension verzehren.

Drei Staatsanwälte in Köln haben sich seit jener Zeit um den Mörder Ernst Thälmanns bemüht. Nicht weniger als sechsmal ist das Verfahren gegen ihn eingestellt worden. Allerdings konnte immer wieder eine Neuaufnahme durchgesetzt werden, zum letzten Mal im Juni dieses Jahres. In welchem Geist die Herren Staatsanwälte die Ermittlungen betrieben haben, wird aus der

Einstellungsverfügung vom 10.1.64 deutlich, in der es etwa über den früheren KZ-Häftling Szkod heißt: „Abgerundet wird das Bild des Zeugen, der heimatloser Ausländer ist, durch die Tatsache, daß er im Jahre 1951 wegen Verteilens kommunistischer Flugblätter in Erscheinung getreten ist.“

Um das Bild einer solchen Justiz, eines solchen Staates abzurufen, genügt es wohl darauf hinzuweisen, daß viele ehemalige KZ-Häftlinge von der Adenauer-Polizei verfolgt und ins Gefängnis geworfen wurden, weil sie wie Marian Szkod mit kommunistischer Propaganda „in Erscheinung getreten“ sind — und das zu einer Zeit, wo der Mörder Ernst Thälmann in Geldern Schulkindern unterrichtete.

Die Hätschelung der faschistischen Verbrecher durch die Bonner Justiz hat unter den Werktätigen stets Empörung ausgelöst. Die starken Proteste gegen eine Verjährung ihrer Mordtaten waren nur ein Beispiel dafür. Immer dringlicher wird die Forderung nach der Bestrafung aller Nazi-Verbrecher erhoben. Und SS-Stabschef Otto, der Mörder Ernst Thälmanns, muß auch daran sein.

Außer Spesen nichts gewesen

Das aufwendige Leben der EG-Kommissare

Im Februar dieses Jahres war der EG-Kommissar Haferkamp ins Gerede gekommen. Allzu dreist hatte er sich aus dem großen Spesentopf der Gemeinschaft bedient. Eine seiner Glanzleistungen: Auf eine Dienstreise ins ferne China ließ er sich von seiner Freundin begleiten — auf Spesen, versteht sich. Als die Sache ruchbar wurde, gab der Kommissar die Dame flugs als seine Dolmetscherin aus. Sie ist tatsächlich einiger Fremdsprachen mächtig, nur gerade Chinesisch ist nicht dabei.

In der vergangenen Woche nun wurden Einzelheiten aus einem Bericht des Europäischen Rechnungshofes bekannt, der das Spesengebaren der 13 Kommissare untersucht hatte. Man kann nun mit Fug und Recht sagen, daß die anderen zwölf Herren hinter ihrem Kollegen Haferkamp in keiner Weise zurückstehen. Alles in allem haben sie im vergangenen Jahr an die drei Millionen Mark für Reisekosten und sogenannte Repräsentationspflichten auf den Kopf gehauen. Drei Millionen, die Mark für Mark von den werktätigen Steuerzahlern der EG aufgebracht werden mußten.

Und was ist aus dem Geld geworden? Ein Teil wurde schlicht verfressen; auf noble Art natürlich. Denn die Herren lieben es, durch aufwendige Dinnerparties zu repräsentieren. Haferkamp zum Beispiel rechnete pro Gast und Essen 118 Mark ab. Wen sie da so fürstlich bewirteten, darüber machten die Kommissare allerdings nur vage Andeutungen. Haferkamp etwa kann sich nicht so recht erinnern. Sein französischer Kollege Graf Davignon verweigerte gar die Auskunft darüber. Schließlich hat der Graf ja auch Wichtiges im Kopf. Arbeitet er doch an der weiteren Durchsetzung des nach ihm benannten Plans zur Sanierung der europäischen Stahlindustrie, sprich: der Vernichtung von 140000 Arbeitsplätzen, in diesem Bereich.

Immerhin wurde über den italienischen Kommissar Lorenzo bekannt, daß er allein in den Weihnachtstagen und über Neujahr 18mal Gäste auf EG-Kosten in seiner Villa empfing. Dabei berechnete er

für den Blumenschmuck der Tafeln 662 Mark. Ein anderer Blumenfreund ist der französische Kommissar Ortoli. Er ließ sich Woche für Woche sein Büro mit Gebinden im Wert von jeweils 1483 Mark verschönern.

Was nun das Reisen betrifft, so liegt Haferkamp ungeschlagen an der Spitze. Einschließlich Hotelkosten verbrauchte er im vergangenen Jahr 211000 Mark dafür. Aber es kostet halt etwas, wenn man wie der westdeutsche Kommissar standesgemäß absteigen will und etwa für eine einzige Übernachtung mal so eben 508 Mark ausgibt. Es ist ja schließlich auch nicht sein Geld, das da verbubelt wird. Auch für das Reisen selbst hat Haferkamp seine besondere Art entwickelt. Als er etwa am Pfingstsonntag mal eben mit Stahlbaronen in Düsseldorf dinieren wollte, ließ er sich mit dem Flugtaxi in Ostende abholen und wieder zurückbringen. Und damit er in Düsseldorf nicht auf den gewohnten Fahrkomfort verzichten mußte, wurde sein Dienstwagen mit Chauffeur aus Brüssel in die Rheinmetropole beordert. Die Kosten für diesen Trip: 3345 Mark.

Ähnlich großzügig sind auch die anderen Kommissare. Der Holländer Vredeling etwa läßt sich fast jeden Tag im Dienstwagen über 200 Kilometer ins heimliche Zeist kutschieren, und jedes Mal ist es eine „Dienstreise“. Rein „dienstlich“ ist auch der häufige Heimaturlaub, den der Italiener Natali antritt. Der Rechnungshof rechnete ihm ganze 104 Tage nach, die er im vergangenen Jahr fern vom Büro in seiner sonnigen Heimat verbrachte. Auch Herr Natali läßt sich nicht nur das Flugticket bezahlen, sondern auch seinen Dienstwagen hinterherschicken.

So leben sie also, die Kommissare — wie die Maden im Speck. Und ganz nebenbei können sie jeden Monat auch noch ihr Gehalt von 22300 Mark kassieren. Für einen Vizepräsidenten wie den westdeutschen Spesenmacher und ehemaligen DGB-Landesvorsitzenden von NRW, Haferkamp, sind es sogar 24760 Mark.

Abonniert das Zentralorgan der KPD/ML!

Verlag
Roter Morgen
Postfach 300526
4600 Dortmund 30

ROTER MORGEN

Hiermit bestelle ich:

Abonnement ab Nr.

☐ für 1 Jahr ☐ für 1/2 Jahr ☐ Probenummer

Name:

Straße:

Plz./Ort:

Unterschrift: Datum:
(Bitte deutlich in Druckbuchstaben schreiben)

Die Zahlung erfolgt:

☐ jährlich DM 60,— ☐ halbjährlich DM 30,—

Die jeweiligen Gebühren werden mit Erhalt der ersten Lieferung per Nachnahme eingezogen. Das Abonnement verlängert sich jeweils um 1 bzw. um 1/2 Jahr, wenn es nicht einen Monat vor Ablauf gekündigt wird (ausgenommen sind Geschenkabonnements). Kündigungen, die nach dieser Frist eingehen, werden nicht berücksichtigt.

Parteibüros der KPD/ML und Kontaktmöglichkeiten zur Partei

Die Parteibüros sind Kontaktstellen der KPD/ML und der Roten Garde, Jugendorganisation der KPD/ML. Hier sind sämtliche Veröffentlichungen der Partei zu bekommen.

ZENTRALE KOMITEE DER KPD/ML, REDAKTION „ROTER MORGEN“, 4600 Dortmund 30, Wellingerhof Str. 103, Tel.: 0231 / 43 36 91 und 43 36 92.

4800 BIELEFELD 1, Parteibüro der KPD/ML, Schildescher Str. 53

geöffnet: Mi 17-18, Do 17.00-18.30, Sa 10-12 Uhr.

4630 BOCHUM, Parteibüro der KPD/ML, Dorstener Str. 86, Tel.: 0234 / 51 15 37, geöffnet: Do 16.00-18.30 Uhr.

2800 BREMEN (Walle), Buchladen „Roter Morgen“, Waller Heerstr. 70, Tel.: 0421/39 38 88, geöffnet: Mo-Fr 17.00-18.00, Sa 10-12 Uhr.

6100 DARMSTADT, Kontaktmöglichkeit zur Partei: Buchladen „Neue Zeit“, Kasinostr. 55, geöffnet: Di, Do u. Fr 16.00-18.30, Mi 12.00-13.30, Sa 10-13 Uhr.

4600 DORTMUND 30 (Hörde), Parteibüro der KPD/ML, Wellingerhof Str. 103, Tel.: 0231 / 43 36 91 und 43 36 92, geöffnet: Mo-Fr 14-18, Sa 9-14 Uhr.

4100 DUISBURG 11 (Hamborn), Kontaktmöglichkeit zur Partei: „Bücherstube“, Alleestr. 49, Tel.: 0203 / 55 06 23, geöffnet: Mo bis Fr 15.00-18.30, Sa 9-14 Uhr.

2390 FLENSBURG (Duburg), Kontaktmöglichkeit zur Partei: Burgstr. 5, geöffnet: Sa 10-12 Uhr, Tel.: 0461 / 2 96 01.

6000 FRANKFURT (Bockenheim), Kontaktmöglichkeit zur Partei: Buchhandlung Richard Dröge, Kurfürstenplatz 34, Tel.: 0611 / 77 12 00, geöffnet: Mo-Fr 10-13.30 Uhr und 14.30-18.30 Uhr, Sa 9-13 Uhr.

7800 FREIBURG, Parteibüro der KPD/ML, Klarastr. 29, geöffnet: Di u. Do 17-19, Sa 10-13 Uhr.

2000 HAMBURG 6, Buchladen „Roter Morgen“, Schulterblatt 98, Tel.: 040 / 430 07 09, geöffnet: Mo-Fr 15.00-18.30, Sa 9-13 Uhr.

3000 HANNOVER, Parteibüro der KPD/ML, Elisenstr. 20, Tel.: 0511/445162, geöffnet: Sa 10-14 Uhr.

5100 HEILBRONN, Kontaktmöglichkeit zur Partei: Ernst Thälmann-Keller, Holzstr. 12, geöffnet: Di 17-19 Uhr.

3500 KASSEL, Kontaktmöglichkeit zur Partei: Arbeiterbuchladen „Klartext“, Mittelgasse 9, Tel.: 0561 / 1 65 07, geöffnet: Mi-Fr 15.30-18.00, Sa 10-13 Uhr.

2300 KIEL 1, Buchhandlung Karen Ziemke, Gutenbergstr. 46, Tel.: 0431 / 56 77 02, geöffnet: Mo, Di, Do und Fr 9-13 u. 15-18, Mi 9-13, Do 9-13 u. 15.00-18.30, Sa 10-13 Uhr.

2400 LÜBECK, Kontaktadresse der Partei: Carmen Hansen, Wickede-Str. 19, Tel.: 0451/47 38 70

6700 LUDWIGSHAFEN (Friesenheim), Buchhandlung „Neue Zeit“, Rutherstr. 1, Tel.: 0621 / 69 71 09, geöffnet: Mo-Fr 15.30-18.30, Sa 9-13 Uhr.

8000 MÜNCHEN 5, Buchhandlung „Roter Morgen“, Frauenhoferstraße 13, Tel.: 089 / 260 75 54, geöffnet: Mo-Fr 15.00-18.30, Sa 9-13 Uhr.

8500 NÜRNBERG, Parteibüro der KPD/ML, Humboldtstr. 103, Tel.: 0911 / 43 80 43, geöffnet: Mi-Fr 17-19, Sa 10-14 Uhr.

7000 STUTTGART 1, Parteibüro der KPD/ML, Haußmannstr. 107, Tel.: 0711 / 43 23 88, geöffnet: Mo-Fr 16.30-18.30, Sa 9-13 Uhr.

SEKTION WESTBERLIN, 1000 Westberlin 65 (Wedding), Buchladen „Roter Morgen“ Sprengelstr. 40, Tel.: 030 / 465 39 66, geöffnet: Mo-Fr 15-18 Uhr, Sa 10-13 Uhr. 8 u. Sa 10-13 Uhr.